

Die BRD ist implodiert



Es ist ein Alptraum. Die schockierende Wahrheit zu einer menschverachtenden parasitären Sekte, die in ihrem Machtwahn und der Gier wütet.

Weiterlesen: Seite 4

Justitia ist blind



Die gesamte Justiz ist für den Betrug und Ausbeutung der juristischen Person aufgebaut, um die Macht der Eliten zu sichern. Es gibt keine unabhängige Justiz.

Weiterlesen: Seite 3

Es ist ein Genozid



Corona ist der Besen im Systemwandels mit dem der Kollateralschaden weggefegt wird. Der sanfte Verlauf wird zum diversen Sensenmann der Konzerne.

Weiterlesen: Seite 8

Preussen ist ein Gemeinschaftsprojekt

JB [Politik] - Der Staat Preussen ist zeitnah aktivierbar, die dazu notwendigen Voraussetzungen sind durch die Preußen selbst umzusetzen, niemand anders kann diesen Souveränitätsanspruch erfüllen.

Aus diesem Grund haben die Mitglieder des kommissarischen Staatsrats Preußen (MdkSP) die einleitende Handlung für diesen wichtigen Prozess übernommen. Die MdkSP besetzen keine Positionen, Posten oder Ämter, das können, dürfen und wollen sie auch nicht. Es ist die Notwendigkeit der temporären beratenden Handlungsführung und die Stellung des verantwortlichen Ansprechpartners für den Zeitraum bis zur Proklamation des souveränen Staat Preussen. Als Folge davon kann über den Subsidiaritätsprozess in den Gemeinden der korrekte Staatsaufbau durch das Volk selbst realisiert werden. Hierbei tritt eine Patt-Situation auf, die durch das BRD-Regime zur Weiterführung ihrer Okkupation gezielt herbeigeführt wurde und weidlich ausgenutzt wird. Einerseits wurden die Bürger in eine Politikverdrossenheit gelenkt, so dass diese ihre Bürgerpflichten der selbstverantwortlichen Beteiligung ihres Lebensraumes abgewöhnt wurden und so zu teilnahmslosen Konsum-Zombies mutierten, die sich im betreuten Leben des gegenderten Einheitsbreies der Gleichmacherei mit der täglichen Geschlechtsdefinition beschäftigen können, aber nicht wissen wie das Brot auf den Teller kommen soll. Das wiederum ermöglicht, den über die Fraktionszwänge der Parteien und Amtsleiter auf Parteikurs gebrachten Bürgermeistern jede „Staatswillkür“ ohne Gegenwehr durchzusetzen. Wollen jetzt Bürgermeister die Schadenbegrenzung in der Gemeinde einleiten, stehen diese ohne Unterstützung der Bürger da, die überhaupt nicht verstehen, was tatsächlich hier gespielt wird.

Erst in der Aufklärung kommt es zur Kooperation zwischen Bürgermeister und aktiven Bürgern und dann kann gegen die Parteienpolitik und Amtsleiter standgehalten bzw. diese aus der Gemeinde entfernt werden. **Der tatsächliche parlamentarische Diskurs ist ausgeschaltet, es gibt keine real umgesetzte Subsidiarität die außerhalb des Parteiwillens zugelassen wird.** Wir haben also auf der einen Seite die Bürger, die nicht wissen was sie wollen und auf der anderen Seite die Bürgermeister, die machen was sie „wollen“ und das ist der Parteiwille, nicht der ihre. Die Lö-



sung sich aus diesem zerstörerischen Kreislauf zu befreien, liegt in Bewusstwerdung der eigenen Position; dass in dem Rechtskreis der BRD-Verwaltung die politischen Mandatsträger die Bürger im Sachrecht, als Personen (= Sache) handhaben - und nicht als Menschen. Aus dieser Erkenntnis heraus, wird sofort klar, dass die Okkupanten der BRD-Verwaltung keinerlei Legitimation für ihre Handlung nachweisen können, sobald eine über dem Sachrecht stehende justiziable Grundlage angewendet wird. In unserem Fall ist dies die gültige Verfassung Preussens 1848. Hier liegen die Bodenrechte bei den Bürgern Preussens und das wirkt vor/über den im See- u. Handelsrecht agierenden Okkupanten der BRD. Da Preussen 1848 nichts, aber auch gar nichts mit den Kriegen, Verträgen und Schulden der Seerechtler (Piraten) zu tun hat, ist es auch abwegig ständig von Friedensverträgen zu faseln, die selbst nur die Firmenkriege im See- u. Handelsrecht regeln könnten. Sie benötigen auch keine umfangreiche Sammlung von im See- u. Handelsrecht beglaubigten Urkunden, um ihre preußische Abstammung nachzuweisen, der einfache Nachweis der im preußischen Gebiet geborenen familiären Vorläufer reicht aus.

Hinweis: Das Dogma des „Reichsbürgers“ dient dazu, das Sie keine Fragen stellen, die Sie zur Erkenntnis führen würden, dass die bestehende Parteienpolitik nichts anderes als ein mafioses Netzwerk von kriminellen Vereinigungen ist.

Aufgrund der gegenwärtigen Situation einer massiv desinformierten und verängstigten Gesellschaft obliegt es jetzt den wenigen Menschen mit klarem Verstand die Position eines Menschen mit Boden-

rechten in der preussischen Verfassung von 1848 zu vertreten.

Es ist der klar formulierte Wille des Menschen, sich nicht länger unwissentlich ausbeuten und in den Genozid treiben zu lassen. Das ist eine Feststellung und keine Bitte, Petition, Anfrage oder Diskussionsgegenstand „ob“ oder „vielleicht“: Sie haben damit den verbrecherischen Rechtskreis der Okkupanten verlassen. Und das hat in Kooperation mit dem Bürgermeister zu geschehen, der diese Position gemeinsam mit den aktiven Bürgern vertritt. Weigert sich der Bürgermeister, ist er ein Täter und privatrechtlich haftbar für seine Handlungen zu stellen und da sich die BRD (Deutschland) im Kriegsrecht befindet und ebenso Hochverrat im preußischen Rechtskreis begangen wird, ist von einer finalen strafrechtlichen Würdigung der Täter auszugehen. Somit haben Bürger und Bürgermeister, die Pflicht sich ihrer rechtlichen und staatstragenden Position bewusst zu werden und in die Handlung zu kommen.

Das einzige Druckmittel des BRD-Regime ist die egozentrisch agierende Sachbearbeiter-Ebene mit der bewaffneten Executive (Polizei), die im Status von Söldnern (Firmenangestellte) agieren. Hier wirkt nur die Aufklärung und Dokumentation der Rechtsbrüche, so dass diese in späteren Verfahren zur Verhaftung, Verurteilung und der Beschlagnahme des gesamten Vermögens zur Wiedergutmachung dienen. Wobei die systemrelevanten Schnittstellen wie Verwaltung, Polizei, Justiz, Sport, Pflegepersonal, Feuerwehr, Schulbedienstete usw. alle abgespritzt wurden und ca. 60% voraussichtlich an dem Gift krepieren. Das System wird über die Spritze bereinigt.

Im Zusammenschluss der in der preussischen Verfassung von 1848 proklamierten Gemeinden ergibt sich der handlungs- und durchsetzungsfähige Gemeindeverbund, der nicht mehr an die Weisungsabhängigkeit der BRD-Okkupanten gebunden ist: eine souveräne Aufstellung im subsidiären Verbund der freien Gemeinden. Aus diesen Gemeinden und Gemeindeverbänden werden sich nach kurzer Zeit die fähigsten Menschen durch ihre Taten für die Gemeinschaft hervortun und den effektiven konstruktiven Neuaufbau der preußischen Verwaltung garantieren. Das Volk erhebt sich als Souveräne. Sie erkennen den Unterschied zu den bisher agierenden Gruppen, die sich auf Urkunden ominöser Adelstitel berufen, um Führungsansprüche zu gestalten. Jegliche Form von Kaiser und Königen und anderen grenzdebilen Gestalten ist wiederum ein aus dem See- und Handelsrecht abgeleiteter Anspruch, der mittels einer vorher festgelegten Gruppe mit Titelträgern von Kaiser, König, Reichskanzler und Schweißfliegen ihre eigenen Interessen und die der nachgeschalteten NGOs vertreten. Natürlich gibt es viele Kreaturen, die sich sofort in den Dreck schmeißen wollen, das Knie beugen, um weiterhin verantwortungslos im betreuten Dasein dahinzuvegetieren.

Das hat nichts mit Souveränität zu tun, das ist demütigend. Die Aufgabe der MdkSP besteht darin, den Aufklärungsprozess zu unterstützen und die rechtlich machbare Vorgehensweise darzustellen. Dazu werden zur Impulsgebung Flyer zu Verfügung gestellt und ein klärendes Anschreiben, das individuell angepasst für alle Bürgermeister anwendbar ist. Ziel dieser Maßnahmen ist, dass die Bürger selbstverantwortlich in die Handlung kommen und einen wahrhaftigen Bürgermeister einsetzen, der dann in Kooperation mit den Bürgern die Schadenbegrenzung für die Gemeinde einleitet. Für die rechtlich verbindliche öffentliche Verkündung und Information wird die Zeitung herausgebracht, so dass in der flächendeckenden Verteilung eine mediale Gegenposition aufgebaut wird, über die es möglich ist, das Lügenkonstrukt der politischen Mandatsträger zu erkennen und diese umgehend öffentlich zur Verantwortung zu ziehen. Dies dient zur Unterstützung der Gemeindeglieder, die nur durch die aktiven Bürger selbst geleistet werden kann.

In der Notwehr, aus dem Notstand in das gültige Recht der preussischen Verfassung 1848.

**Wenn Sie keinen Krieg mit Russland wollen, nehmen Sie ihre Gemeinde aus dem Krieg.
Für Frieden und Sicherheit - Es ist Ihre Entscheidung.**

Bürger beenden die Pandemie, die über Parteien erschaffen wurde.

JB [Politik] - Eine Gruppe von aktiven Bürger der Stadt Waren (Müritz) arbeiten daran den Bürgermeister und stellvertretender Bürgermeister für die Stadt Waren (Müritz) selbst zu stellen. Der Einsatz wird aus der Notwendigkeit des Handelns begründet, den zerstörerischen Kurs der BRD-Verwaltung in der rechtswidrigen Verwaltungs- und Pandemiepolitik so zügig wie möglich beenden zu können, ansonsten ist absehbar, daß die Warener Bürgern mit einem sehr hohen Preis bezahlt werden.

Die Bürger entscheiden, wann der Wechsel in die Schadensbegrenzung stattfinden soll - jetzt, solange noch was zu retten ist und eine Schadensbegrenzung eingeleitet werden kann - oder vollständig ruiniert und an den Gräbern der Verstorbenen trauernd.

Damit kein Missverständnis entsteht: es geht hier nicht um eine Bürgermeisterwahl in der nächste Parteizügling seinen Posten bezieht. Dies hier ist eine angekündigte Amtsenthebung des Bürgermeisters und seiner Stellvertreter. Für alle Beteiligten im Rathaus gilt es den Nachweis der rechtsfähigen Politik zu erbringen, dies wurde mehrmals schriftlich klar eingefordert und in dem Kontext nicht beantwortet. Somit gilt, dass der Bürgermeister und seine Stellvertreter - sowie die Stadtvertretung - vorsätzlich eine rechtswidrige Politik zum massiven Schaden der Stadt Waren (Müritz) und seiner Bürger fortsetzen. Es ist also zu erwarten, dass dieser Vorwurf nicht durch den Bürgermeister und Mittäter entkräftet wird und um der Haftung zu entgehen, wird diese Politik bis zum Kollaps der Verwaltung fortgeführt.



Wo sind den die Bürgermeister und die Stadtvertreter angesichts einer in den Krieg abtreibenden Gemeinde?

Kostenlose Teststäbchen für eine fiktive Pandemie zu verteilen, damit das Rad des Inzidenzwert-Bingo weiter gedreht werden kann und Mecklenburg-Vorpommern gänzlich im Desaster eines „HotSpots“ versinkt? Wobei diese Entscheidung der Landesregierung, vor der Entscheidung schon als eiskalter Rechtsbruch definiert worden ist und die Staatsanwaltschaft einschreiten hätte lassen sollen. Eine Staatsanwaltschaft die gleichfalls völlig versagt und sich zum Büttel der kriminellen Parteipsycho degradiert.

Die Bürger aus Waren tolerieren diese verbrecherische Politik nicht und werden eine Umfrage im Gemeindegebiet durchführen. Zur Erinnerung die 3 Fragen in verkürzter Form:

Wir fordern Sie noch einmal auf, öffentlich Stellung zu folgendem Sachverhalten zu nehmen:

1. Können Sie den Nachweis der Rechtskraft der verkündeten Verordnung vom 17. April 2020 liefern. Ja oder Nein!

2. Können Sie den Nachweis für die physische Existenz des SARS CoV2 Virus zu liefern. Ja oder Nein

3. Erklären sie wie Inzidenzwerte dargestellt werden können, wenn das verwendete Instrument keine Infektion darstellen kann?

Und das ist nur die Spitze des Eisbergs, die gesamte Verwaltung beruht auf Lug und Betrug im Handelsrecht. (siehe nachfolgende Artikel)

Die Warener Bürger können entscheiden ob die Kosten aus der Pandemie



auf sie abgewälzt werden oder den Verantwortlichen in Rechnung gestellt werden. Jeder Unternehmer kann seine Verluste dem wie einem Unternehmer haftender verantwortlichen Bürgermeister in Rechnung stellen. Wer haftet für die massiven Gesundheitsschäden aus einer fahrlässigen „Impfpolitik“ deren tatsächliches Ausmaß an Lobbyismus und der billigenden Inkaufnahme von Tausenden von Toten und die millionenfache Schädigung des Immunsystems alles bisher dagewesene übertrifft?

Und wie sollen die Bürger, die „Staatsschulden“ kompensieren, die per Zwangshypotheken umgeschuldet werden? Die Bürger werden für einen Systemwechsel vermögenslos gestellt - Die Warener Bürger haben die Option sich aus dem Spiel zu nehmen. Es ist ihre Entscheidung ob Sie sich enteignen lassen oder nicht. Diese Enteignung soll über einen Krieg mit Russland durchgeführt werden. Wir wollen Frieden und Sicherheit, das ist genau das was die politischen Mandatsträger nicht machen. Es wird eine völlig irrationale Kriegshetze und die Zerstörung unserer Wirtschaft betrieben und wir und unsere Kinder sollen das ausbaden? Nicht mit uns!



Wenn der „Staat“ versagt, ist es die Pflicht der Bürger den Notstand selber zu regeln!

Für den Fall, dass ich mich undeutlich ausgedrückt haben sollte, erläutere ich es ihnen - so freundlich wie mir möglich - den Sachverhalt im Klartext: Es geht nicht nur darum, dass mit einem wahrhaftigen Bürgermeister und aktiven Bürgern auf einer verfassungsrechtlichen Basis die Freiheit und Stabilität gewahrt bleiben, vielmehr geht es um unser Leben. Das BRD-Regime führt eine menschenverachtende Kriegspolitik, um die finanziellen und ideologischen Interessenvorgaben einer „Elite“ weiterzuführen können.

Dazu werden Sie, wir als Kollateralschaden verbucht - entbehrliches Nutzvieh, das abgeschrieben wurde.

Wer will denn den Krieg mit Russland?

Sie, ihr Bruder, Ihre Frau, Ihre Kinder oder Ihr Nachbar? Nein, keiner will den Krieg, aber alle machen mit!?

Die Bürgerbewegung ist ein offener Zusammenschluss von Bürgern, die sich aktiv gegen für die Freiheit und die Sicherheit der Gemeinde Waren (Müritz) einsetzen. Diese kleine Gemeinschaft liefert die Impulse, damit alle anderen Bürger der Gemeinde erkennen können, das es Zeit ist zu handeln.

Die politische Mandatsträger haben völlig versagt und sind unfähig die anstehenden Probleme der Wirtschaft und Gesellschaft lösen zu können, weil genau dieser politische Apparat das Problem an sich darstellt. Diese Ausgangslage verlangt ein entschlossenes Handeln, das am besten mit einer mehrheitlichen Beteiligung zum Wohl aller umgesetzt werden sollte. Das bedeutet, es haben sich viel mehr Bürger daran zu beteiligen, Bürger die selbst schon erkannt haben, das eine katastrophale politische Entwicklung viel zu lange toleriert worden ist.

Es wäre begrüßenswert, wenn sich weitere kundige Bürger mit ihrer Erfahrung und Kompetenz verantwortlich einbringen würden, so daß zukünftig die fähigsten Menschen in der Gemeinde, zum Wohl aller Menschen wirken können.

Es ist ein schwieriger Weg, aus dem ideologischen geformten „Ich, ich, ich“ der NGO-gesteuerten Institutionen, zum „Wir“, als Gemeinschaft der Warener Bürger hinzufinden. Dieser Identitätsprozeß bedeutet auch das sich das Werteempfinden, weg von der Konsumsucht bildet. Und gerade dieser Konsum wird über die Stilllegung der Lieferketten abgebaut und führt zwangsläufig zur Überlegung, was und wie erhalte ich aus regionaler Produktion? Der Abriß des alten BRD-Systems ist im Endspiel und viele Menschen werden in der Warteschleife gehalten, das dies nur ein momentaner Zustand sei, der durch die Politik geregelt wird und es wird wie „früher“. Das hat den gleichen Wert, wie ein Wahlversprechen von Merkel.

Lernen Sie neue Menschen kennen, starten Sie neu durch, denn das alte System bietet Ihnen und Ihrer Familie keine Sicherheit mehr. Entwickeln Sie in der Gemeinde eine tragfähige Strategie zur autarken Selbstversorgung. Sie werden erschrecken, wenn schon bei der einfachen Frage: „Haben wir eine Getreidemühle, die das Mehl liefern kann?“ mit Nein beantwortet werden muß.

In dem Gedanken, freiheitlicher Gestaltung ohne das Diktat einer Parteidoktrin oder geschäftlicher Vorteilsnahme, steht der Mensch an erster Stelle und keine entmenslichte Ideologie der Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) des Militärisch-Industriellen Komplex. Es ist Ihre Gemeinde, Ihre Familie, Ihr Leben und Sie gestalten es.

Aber warum nur Waren?

Selbstverständlich gilt diese Vorgehensweise für das gesamte Gebiet der BRD (Deutschland), Waren ist wie eine Blaupause, wo einige Menschen den Selbstschutz früher entwickelt haben.

Lesen Sie die rechtlichen Grundlagen und Sie werden sich fragen, wie konnten wir das zulassen, warum haben wir diese politischen Verwerfungen nicht rechtzeitig erkannt? Und Sie werden sich fragen, warum sollten Sie dieses Unrecht, dieses Verbrechen Ihrer Familie und Ihnen selbst gegenüber noch länger tolerieren?

Es ist ausschließlich, der Wille jeden einzelnen Menschen sich Entscheiden zu wollen, das kann Ihnen niemand abnehmen. Es ist Ihre Entscheidung ob Sie sich als souveräner selbstverantwortlicher Bürger oder Opfer positionieren.

In Kenntnis eines mafiösen Netzwerk krimineller Vereinigungen darf dieses System nicht länger zum Mißbrauch gegen die Menschen genutzt werden können, der uns mit seinem finalen Ende in den Krieg mit Russland treiben soll.

Und wenn ein Langsamdenker nicht versteht, was gemeint ist, sollte er zur Kenntnis nehmen, das Russland Kriege beendet. Das heißt: Wer dem russischen Bären ans Bein pinkelt, der bekommt einen Hausbesuch.

Es ist ihre Entscheidung dieser Kriegstreiber ein Ende zu setzen. Dazu wird ein handlungsfähiger Bürgermeister und aktive Bürger benötigt, die in Kooperation den Frieden sichern.

Zitat: „Das bestehende System dient weder dem Staat (den Staaten) noch den Menschen, die jeden Tag dort arbeiten. Man kann es nur als ein wirtschaftliches, kulturelles, intellektuelles und menschliches Desaster beschreiben. Ich warte auf den Tag, an dem deutsche Eltern genug haben und den Mut haben, für ihre Kinder aufzustehen.“

Jesper Juul (dänischer Familientherapeut)

Geben Sie auch Ihrem Bürgermeister die Chance sich für die Bürger zu positionieren, reichen Sie die Zeitung bei Ihrem Bürgermeister ein, sprechen Sie darüber.

Beginnen Sie zu hinterfragen, was Ihnen Kopfzerbrechen bereitet, Sie spüren das etwas nicht stimmt, reden Sie darüber. Beobachten sie das Verhalten der regionalen Politiker, wer stellt sich überhaupt der Diskussion und noch wichtiger, wo sind die alle hin?

In der gelebten Subsidiarität der Gemeinden hat das Verbrechen des BRD-Regime keine Chance Ihr Leben zu zerstören.

Machen ist wie tun, nur besser.

Skandal - Warum jede Gerichtsverhandlung vorsätzlicher Betrug ist!

Gehlken, Ronald [Recht] - Preußen-Aktiv 16

Warum jede Gerichtsverhandlung jedes Urteil vorsätzlicher Betrug ist! Um das richtig zu verstehen, muss ganz vorn angefangen werden! Erst einmal müssen wir unterscheiden, was ein Staat und was ein See- Handelsrechtliches Staatswesen überhaupt ist.

Ab dem 28.10.1918 dem Putsch durch den Adel, den Juden, der SPD und dem Vatikan haben wir es auf deutschem Boden nur noch mit Okkupations- Verwaltungen zu tun, = Besatzungsverwaltungen. - (Besatzung eines Staates durch kriminelle Dritt- Mächte.) Diese Drittmächte sind generell als See- Handelsrechtliche Staatswesen ohne Hoheitsrechte und Befugnisse auf dem Festland unterwegs. Gültige Rechte haben diese nur auf ihren Handelsschiffen, auf hoher See, das bedeutet, ca. 22,5 Km von jedem Festland entfernt, das ihre Handelsflagge trägt. Um in diesen Rechtskreis zu kommen, benötigen sie aber auch ein Konkordat (Vertrag) mit der röm. kath. Kirche nach ihrem erfundenen und erlogenem röm. Recht. Auf dem Festland dürfen diese Staatswesen lediglich das See- Handelsrecht ausüben, also reines Vertragsrecht ausschließlich nur für zu befördernde Schiffsladungen. Oder einfacher ausgedrückt, alle Mitarbeiter von solchen See- Handelsrechtlichen Staatswesen haben nichts mit lebenden Menschen zu tun, sie verwalten lediglich nur Ladungen, tote Sachen, Schiffsladungen, Frachtgut.

Nur einmal zur Information, alle UNO-Mitglieder gehören zu diesen Staatswesen! Genaugenommen betreiben sie nichts weiter als die kriminelle Piraterie auf dem Festland. Gemäß HGB (Handels- Gesetz- Buch) 1897 ist die Ausübung des See- Handelsrechts auf deutschem Boden verboten. Die Weimarer Republik war so ein Staatswesen, das 3. Reich hat die Weimarer Republik übernommen und unter neuer Bezeichnung weitergeführt, die Bundesrepublik Deutschland hat dann angeblich das 3. Reich unter neuer Bezeichnung weitergeführt. Dazu haben die Alliierten dann eine neue Firma mit der Bezeichnung Bundesrepublik Deutschland gegründet, die in Delaware / Washington DC. USA gegründet und angemeldet wurde. Diese Tatsache beweist schon, dass die Bundesrepublik Deutschland niemals irgendetwas mit den Deutschen Völkern zu tun gehabt haben kann. Denn dann hätte man diese auch auf deutschem Boden anmelden können!

Nach Art. 133 Grundgesetz war diese BRD auch nur eine Verwaltung im Auftrag der Alliierten zur Verwaltung der Wirtschaftsgebiete, nicht von Bundesländern! Auch wurde am 23 Mai 1949 das Grundgesetz nicht für die 25+1 deutschen Völker oder für das Deutsche Volk erlassen, es wurde für die Bundesrepublik Deutschland, der Verwaltungsfirma im Auftrag der Alliierten erlassen! Geschrieben wurde der Schinken natürlich in Frankfurt am Main, im Hause Rothschild.

Alles basierte auf Täuschung im Rechtsverkehr, das Grundgesetz hatte nie irgendetwas mit der deutschen Zivilbevölkerung zu tun, das GG war eine Verwaltungsvorschrift für das Verwaltungskonstrukt Bundesrepublik Deutschland. Die BRD war schon immer Lichtjahre von einem Staat entfernt! Nirgendwo steht oder stand jemals geschrieben, dass es sich bei der BRD um einen Staat handeln könnte, dies wurde lediglich behauptet und dummerweise geglaubt. Dazu später mehr!

Die BRD hat einen Staat simuliert, mehr nicht! Niemand verfügte in dieser BRD vom 23 Mai 1949 bis zum 29.09.1990 jemals auch nur annähernd über hoheitliche Rechte und Befugnisse! Es funktionierte aber sehr gut und füllte die privaten Taschen!

Schon das Grundgesetz besagt: Die Tenöre des Artikels 101 GG (Grundgesetz für die BRD) als auch des § 16 GVG (sog. „Gerichtsverfassungsgesetz“) sind unmissverständlich: „Ausnahmegerichte sind unzulässig. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.“

(Art. 101 Abs. 1 GG), „Ausnahmegerichte sind unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden.“ (§ 16 GVG)

Da es in einer Verwaltung aber keine gesetzlichen Richter gibt, geben kann, warum sollte dann ein Mensch, irgendeiner (Schiffs)- Vorladung Folge leisten???

Ein gesetzlicher Richter nach § 15 GVG – Ausgabe von spätestens 1924 existiert in der BRD NICHT. Eine Ernennungsurkunde nach § 17 DRiG – Deutsches Richtergesetz – können BRD-Gerichte und Richter nicht vorweisen.

Nach Kontrollratsgesetz Nr. 50, BKO 47/50 usw. eine Tätigkeitserlaubnis der Alliierten Besatzungsmächte zu haben und die SMAD- und SHAEF-Gesetze (die Gesetze der Militärregierung, da wir immer noch besetztes Land sind) können BRD-Gerichte ebenfalls nicht vorweisen.

Warum bekommt niemand in der BRD eine Ernennungsurkunde oder eine Tätigkeitserlaubnis der Militärregierung?

Weil a. - die Besatzung illegal war und ist, b. - Washington DC für alle illegalen Handlungen dieser Richter in der vollen Haftung stehen würde.

§ 9. Militärregierungsgesetz Nr. 2.- Deutsche Gerichte niemand darf in der Bundesrepublik Deutschland ohne Genehmigung der Militärregierung als Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt tätig werden!

Die Genehmigung einer solchen Tätigkeit muss vorher, also vor Beginn der Tätigkeit- für jeden Einzelfall in schriftlicher Form eingeholt werden.

Durch US EUCOM Stuttgart, vertreten durch Herrn Lietzau wird ausdrücklich bestätigt, dass alle Militärregierungsgesetze bis zum Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland als Ganzem in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 volle Rechtskraft besitzen.

Wenn aber die Anordnungen der Militärregierung nicht körperlich für jeden einzelnen Fall vorliegen, sind alle beteiligten Juristen an jedem bundesdeutschen Gericht nur privat haftende und privat handelnde Personen ohne jegliche Rechtsgrundlage, da die Bundesrepublik Deutschland zu keiner Zeit ein Staat ist oder jemals war.

Und trotzdem Richtern und Staatsanwälten die kriminellen Schauspieler munter weiter!

Bei BRD-Gerichten handelt es sich um verbotene Ausnahmegerichte, gesetzliche Richter nach § 16 GVG und 101 Grundgesetz existieren nicht. deshalb handelt es sich um vorsätzlich organisierten, kriminellen Rechtsbankrott. Bildung krimineller Vereinigungen StGB § 129.

Bis zum 29.09.1990 waren die Gerichte und Staatsanwaltschaften in der BRD, Niederlassungen der BRD und unter dem Grundgesetz und dem Konkordat mit der röm. kath. Kirche zumindest noch für ihre kriminellen Machenschaften versichert.

Mit der Streichung / Löschung des Art. 23 Grundgesetz = Geltungsbereich, am 17.07.1990 zum 29.09.1990 wurden die Richter und Staatsanwalt- Schauspieler sowie alle anderen Mitarbeiter auch, arbeitslos!

Ab dem 30.09.1990 wurden dann alle Gerichte privatisiert!

Amtsgericht Buxtehude
D-U-N-S® Nummer: 34-345-0830

Firmeninformation

Adresse: Bahnhofstr. 4
21614 Buxtehude

Amtsgericht Stade
D-U-N-S® Nummer: 31-305-6734

Firmeninformation

Adresse: Wilhadi-Kirchhof 1
21682 Stade

Hier auch eine Firma Staatsanwaltschaft.

Generalstaatsanwaltschaft Celle
D-U-N-S® Nummer: 31-500-6160

Firmeninformation

Adresse: Schloßplatz 2
29221 Celle

Hier einige der mir persönlich bekannten, kriminellen Gerichte.

Der Ableger dieser Firma, die - Staatsanwaltschaft Stade - hat keinen eigenen Firmeneintrag, weil es sich um ein Kartellgebiet handelt. Die Staatsanwaltschaften sind alle unter den General- Staatsanwaltschaften zentralisiert. Das nennt sich dann Gebietshoheit der privaten Kartelle.

Die Gerichte dagegen sind nicht zentralisiert, jede Firma Gericht hat sich ihr eigenes Gebiet gesichert, in dem es plündert.

Amtsgerichte, Landgerichte, Oberlandesgerichte, Verwaltungsgerichte usw... - jedes Gericht hat einen eigenen Firmen- Eintrag und ein Gebiet in dem es plündert. Alle Gerichts- Firmen sind in den USA, im Bundesstaat Delaware als Aktiengesellschaften registriert und eingetragen. Alle Gerichte und Staatsanwaltschaften werden an den internationalen Börsen als Aktiengesellschaften gehandelt. Staatliche Hoheitsrechte = K E I N E und die Durchsetzung ihrer Forderungen = nur durch Ausübung von Gewalt!

Da diese privaten Firmen nur in den USA, in Delaware gemeldet sind, verfügen sie nicht einmal über das See- Handelsrecht auf deutschem Boden!

Warum werden alle Firmen grundsätzlich in den USA, in Delaware angemeldet und nicht auf deutschem Boden?

Weil sie mit den Deutschen Völkern überhaupt nichts zu tun haben, sie halten die Deutschen Völker unter Täuschung im Rechtsverkehr besetzt um ihre kriminellen Geschäftsmodelle ausüben zu können. So wie alle anderen Firmen auch, gehören sie seit 1990 zu den privaten Besitzern der Deutschen Völker. Der BUND in der Firma BERLIN verwaltet für die Jüdische Bankenmafia, den Vatikan, B'nai B'rith (jüd. Hoch-Freimaurer-Loge) und Israel lediglich die 52% Aktienanteile, die an jeder einzelnen dieser Firmen gehalten wird.

Nach dem Grundgesetz und den Militär-gesetzen zwischen 1949 und 1990 waren diese Gerichte und Staatsanwaltschaften schon kriminelle Organisationen der BRD. Ab 1990, Löschung des Grundgesetzes und Auflösung der BRD, was die Arbeitslosigkeit in diesen kriminellen Organisationen mit sich zog, haben sie sich privat selbstständig und nahtlos da weitergemacht, wo sie eigentlich hätten aufhören müssen.

Dieses „staatsrechtliche“ Verwaltungsgebaren basiert auf der Christianisierung seit dem ca. 3 / 5 Jahrhundert, durch die röm. kath. Kirche. Die Bezeichnungen - Richter - und - Staatsanwalt - stammen aus dem röm. Recht und dienen einzig und allein der Unterwerfung der Menschen.

Staat / Staatsrecht / Adel / Handelsrecht / Strafrecht / Steuern/Abgaben usw. usw... Vertreter Gottes auf Erden, Eigentum am Menschen, alles von diesen Satanisten erlogen. Tatsächlich war es immer nur handelsrechtliches Vertragsrecht, wobei den Opfern grundsätzlich die Verträge verschwiegen wurden. Niemand verfügt über mehr Rechte als wie er selbst besitzt. Somit kann so ein Richter- Darsteller über keine höheren Rechte verfügen!

Es sind satanische Rechtskreise die von der Kirche eingeführt wurden. Das spiegelt sich auch in den Ritualen wider, die bei einer Richter- Weihe durchgeführt werden. Der Richter / Richterin legt sich mit einem Dolch auf der Brust in einen Sarg und wird symbolisch getötet, dann kommt die Auferstehung usw. usw.

Ich muss mal nachschauen, irgendwo habe ich die gesamte Richterweihe mal niedergeschrieben. - Ist jetzt aber nicht wichtig! Die Gerichte wurden 1785 patentrechtlich organisiert, somit haben Gerichte noch nie über irgendwelche hoheitlichen Rechte verfügt, sie behaupten diese nur, eine patentrechtliche Bezeichnung kann über keine Hoheitsrechte verfügen, die Richter sind grundsätzlich nur als jur. PERSONEN dort tätig, Mitglieder in Freimaurer-Logen, eine jur. PERSON besteht nur aus dem Namen / Bezeichnung einer Sache und kann über keine Rechte verfügen! Natürlich hat sich die private Holding (Verwaltung) die NGO-

BUND abgesichert um nicht in die Haftung für deren kriminelle Machenschaften zu geraten.

Wie wir wissen, war die BRD noch nie ein Staat.

1982 Das BVerfGE zur Staatshaftung: Das Staatshaftungsgesetz ist vom „Bundesverfassungsgericht“ 1982 für nichtig erklärt worden (Urteil des „Bundesverfassungsgerichtes“ vom 19. 10. 1982 (BVerfGE 61, 149). Alle „Mitarbeiter“ der „BRD“ haften seitdem privat und persönlich vollumfänglich mit ihrer eigenen Freiheit und ihrem eigenen Vermögen. Allein durch dieses Urteil muss selbst dem dümmsten klar geworden sein, dass alles nur privat, unter privater Haftung besteht.

1983 BVerfGE - die BRD hat kein Staatsgebiet: Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 mit dem Az: 2 BvF 1/73 und Urteil BVG U 2 BVR 373/83 von 1987 auf Anfrage 2015

Deutscher Bundestag Auswärtiges Amt/ Antwort vom - 30.06.2015.

Kein Staat, - kein Staatsgebiet, - kein Staatsvolk! Für welchen Staat arbeiten diese Richter und Staatsanwälte dann? Für gar keinen, alles ist privat und kriminell!

In welchem Staat haben diese Richter und Staatsanwälte dann ihr Staats-Examen gemacht? Sie haben kein Staatsexamen gemacht!

Deutsches Richtergesetz (DRiG) § 9 Voraussetzungen für die Berufungen

In das Richterverhältnis darf nur berufen werden, wer

1. Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes ist,
2. die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt,
3. die Befähigung zum Richteramt besitzt (§§ 5 bis 7) und
4. über die erforderliche soziale Kompetenz verfügt.

- Kein Staats-Examen!
- Kein Staat mit Staatsgebiet!
- Kein Grundgesetz mehr, am 17.07.1990 zum 29.09.1990 gelöscht.
- Keine Nazi- Staatsbürgerschaft mehr Art. 116 Grundgesetz (in den Grenzen von 1937)
- Keine Staatshaftung mehr!
- Keine Zulassung durch die Militärregierung!
- Keine Hoheitsrechte auf deutschem Boden!

Worauf berufen sich diese Richter / Staatsanwalt-Darsteller dann eigentlich?

BVerfGE zum Grundgesetz

In der BRD gibt es kein Geltungsbereich mehr (Wegfall Art. 23 „Geltungsbereich“ am 17.07.1990 bzw. rechtswidrig mit den „Europa-Artikel“ überschrieben) „Gesetze ohne Geltungsbereich besitzen keine Gültigkeit und Rechtskraft.“ (BVerfGE 3, 288 (319f):6, 309 (338, 363))

Dann kam der nächste Streich der Firma Bundesregierung:

1991 (01. Jan) Streichung des § 795 BGB – Staatliche Inhaber Schuldverschreibung.

(1) Im Inland ausgestellte Schuldverschreibungen auf den Inhaber, in denen die Zahlung einer bestimmten Geldsumme versprochen wird, dürfen nur mit staatlicher Genehmigung in den Verkehr gebracht werden, soweit nicht Ausnahmen zugelassen sind. Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.

(2) Eine ohne die erforderliche staatliche Genehmigung in den Verkehr gelangte Schuldverschreibung ist nichtig; der Aussteller hat dem Inhaber den durch die Ausgabe verursachten Schaden zu ersetzen.

Seit dem 1. Jan 1991 dürfen diese Richter und Staatsanwalt- Darsteller auch keine Verwaltungsakte wie Urteile / Strafbefehle / Haftbefehle usw... mehr herausgeben.

Nur noch unter privater, persönlicher Haftung!

Fortsetzung auf Seite 5

Bürgermeister als Kollateralschaden

- das Kanonenfutter der Landesregierung

Gehlken, Ronald [Recht] - Städte - Gemeinden - Bürgermeister Teil 1
In welchem Rechtskreis bewegen diese sich?

Da Mecklenburg-Vorpommern aktuell in der Bearbeitung liegt, machen wir mit der Gemeinde Waren an der Müritz weiter. Wie wir im Artikel Preußen-Aktiv 11 nachlesen können, hat die Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern am **15. September 1997** ein Konkordat mit der röm. kath. Kirche geschlossen und ein See-Handelsrechtliches Staatswesen gegründet. Das bedeutet, vom 29. September 1990 bis zum 15. September 1997 hatten sie gar nichts, nicht einmal ein Piratenschiff auf hoher See!

Vom 23. Mai 1949 bis zum 29. September 1990 gehörten sie zu der Crew des Piratenschiffes Bundesrepublik Deutschland. Das bedeutet jetzt aber nicht, dass sie ab dem 16. September 1997 ehrbar geworden sind, sie haben seitdem erst ihr eigenes fiktives (erdacht/erdichtet) Piratenschiff. Ansonsten ist es die gleiche Verbrecherbande geblieben seit 1949 nur mit immer wieder wechselnden Kapitänen und Crew-Mitgliedern.

Die Firma Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern ist in den USA, Bundesstaat Delaware angemeldet und registriert, die Firma wird an den Internationalen Börsen als Aktiengesellschaft gehandelt. - So wie alle anderen, angeblichen Bundesländer auch!

- 52% der Aktien ist im Besitz von der Jüdischen Hoch- Freimaurer- Loge **B'nai B'rith**, der auch Israel und Washington DC, der BUND, die Bundesrepublik Deutschland und Millionen andere Firmen gehören. Die verbleibenden 48% befinden sich im Besitz von privaten Aktionären.

Der BUND verwaltet die Firmen in DEUTSCHLAND, die Gesamtverwaltung aller Firmen einschließlich dem BUND unterliegt der Kommunal-Verwaltungs-Industrie Washington DC. Eigentümer **B'nai B'rith** und der Vatikan, der ebenfalls von **B'nai B'rith** kontrolliert wird.

Jetzt schauen wir einmal, in welchem Rechtskreis die Stadt Waren (Müritz) sich befindet.

Stadt Waren (Müritz)
 D-U-N-S® Nummer: 32-834-6361

Firmeninformation

Adresse: Zum Amtsbrink 1
 17192 Waren (Müritz)

In gar keinem Rechtskreis, alles ist hochgradig kriminell! Die Firma Waren (Müritz) ist in den USA, Delaware - DE - gemeldet als Aktiengesellschaft und wird an den internationalen Börsen gehandelt. Auch hier gehören 52% **B'nai B'rith**, die verbleibenden 48% sind in privaten Händen.

Städte - Gemeinden - Bürgermeister Teil 2

Gehört die Gemeinde Waren mit ihren Ämtern und Behörden nun auch seit dem 15. September 1997 zur Crew des Piratenschiffes - Mecklenburg-Vorpommern - unter der Kapitänin Manuela Schwesig?

NEIN!

Die Aktiengesellschaft Waren an der Müritz hat nichts aber auch gar nichts mit der Aktiengesellschaft Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern zu tun! Das sind 2 völlig verschiedene Aktiengesellschaften. Wenn jemand Mercedes-Aktien hält, kann er doch nicht erwarten, dass er an der Gewinnausschüttung von BMW ebenfalls beteiligt ist. An jeder dieser privaten Aktiengesellschaften hält **B'nai B'rith** 52%, deshalb kooperieren diese privaten Unternehmen miteinander. Als Haupt- Aktionär kann man die Firmen steuern wie man will.

Diese Formeln sind auf alle Städte / Gemeinden / Ämter / Behörden usw... anzuwenden, Gericht, Staatsanwaltschaft, Finanzamt, einfach alle sind als Aktiengesellschaften in Delaware (DE) USA gemeldet und werden durch den **Haupt-Aktionär B'nai B'rith** über den BUND gesteuert.

Durch die Einführung der 5stelligen Post-

leitzahlen 1993 bekamen diese privaten Firmen erst eine Postanschrift und ein Postfach auf der Hauptpost. Ihre Betriebsstätten werden illegal, ohne Eintrag in das Handelsregister und ohne Gewerbeerlaubnis betrieben, die Gemeinde Waren existiert nur in ihrem Postfach und als Anschrift, mehr nicht!

Die Gehälter (Sold) werden den Mitarbeitern aus ihrem eigenem Kollateralvermögen bezahlt durch Treuhandbetrug und Obligationenfälschungen.

Durch den **PERSONAL**ausweis (Zwang) wurde ihnen der Zugang zu den Kollateralen durch die Unterschrift der Inhaber ermöglicht. **MUSTERMANN MAX** ist die Firma, die mit Forderungen belastet werden kann, **M u s t e r m a n n**: Max ist der Mensch = die Unterschrift, mit der die Erlaubnis für den Zugriff auf das Konto erlaubt wird. Von seinem Kollateralvermögen weiß Otto Normalverbraucher gar nichts. Soll er auch nicht, sonst würden die Bürgermeister und ihre Mitarbeiter längst hängen. Über das Kollateralvermögen wird alles bezahlt, es wird bei der Deutschen Bundesbank abgebucht, Steuern, Strom, Rente, selbst Bußgelder und Strafbefehle, KFZ- Steuer usw... Da die **Geldgier** aber **unerschöpflich** ist, haben die ehrbaren Bürgermeister, Landräte, Richter usw. ein zusätzliches Geschäftsmodell entwickelt.

Im System gibt es nur die Namen in folgender Schreibweise,

M u s t e r m a n n: Max = Mensch = Unterschrift = nicht zahlungspflichtig.

MUSTERMANN MAX = jur. PERSON = Firma = Abbuchung über das Kollateralvermögen.

Städte - Gemeinden - Bürgermeister Teil 3

Und dann kommt das Geschäftsmodell, eine im System nicht bekannte Namensschreibweise, die weder existent ist noch sonst irgendeine Geltung hätte.

Herr/Frau Max Mustermann oder **Max Mustermann** oder Mustermann Max usw... das ist der sogenannte selbst erfundene Strohmännchen. Und dieser Strohmännchen bekommt jetzt einen Steuerbescheid, eine Stromrechnung, einen Strafbefehl, einen Haftbefehl, eine Zwangsversteigerung usw... ins Haus.

Da Otto Normalverbraucher damit gar nicht umgehen kann, bezahlt er oder kommt in die Verzweiflung. **Otto lässt in seiner Unwissenheit alles mit sich machen!** Otto weiß nämlich nicht, dass das gesamte System gar keine lebenden Menschen kennt, die sind für das System unantastbar, das System funktioniert nur im toten Sachenrecht. Würden sie Otto als **MUSTERMANN OTTO** ansprechen, könnte Otto ganz einfach seine Sozialversicherungsnummer auf der Forderung eintragen, schreiben, Zur Zahlung freigegeben, eine Unterschrift leisten und die Forderung wäre erledigt. **MUSTERMANN MAX und**

M u s t e r m a n n: Max können nämlich gar keine Schulden haben, alle Forderungen sind bereits aus dem Kollateralvermögen bezahlt worden. Alles was Otto Normalverbraucher auf die Schreibweise Herr Max Mustermann hin bezahlt, stecken die sich als Schwarzgeld ein!

Wie bei den Drogen- Dealern muss dieses Geld dann auch gewaschen werden, bei der Firma Amtsgericht Buxtehude ist das zum Beispiel die Mühlenbäckerei Schmacke, die alle Schwarzgelder für das Amtsgericht wäscht.

Ich habe hier viele Geldwäscher schon gefunden, die für Gerichte usw... Geld waschen!

15/202/03354

Amtsgericht Buxtehude Steuernummer: 15/202/03354
 Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE114972103 Ansprechpartner Inhalte: Rolf Klahn (r.klahn@schmacke.de)

Impressum - Mühlenbäckerei Schmacke
 www.schmacke.de/impressum/

- Abschrift aus Internetbezug -

„Das sind jetzt aber auch Sachen, die man nicht persönlich nehmen sollte“, meinte mal so ein Richterschauspieler zu mir, das ist nur ein Geschäft!

Wenn man Haus und Hof durch solche Betrügereien verliert oder Monatelang ins Gefängnis geht, ist es nichts Persönliches,

es sind nur Geschäfte. Deshalb wird die untere **PERSONAL**-Ebene auch völlig dumm geschult, damit sie den Unterschied nicht begreifen und schwere Menschenrechtsverbrechen begehen!

Städte - Gemeinden - Bürgermeister Teil 4

Dann geht man halt mal für eine unbekannte Person in den Knast, dabei verdienen die Verbrecher auch noch viel Geld. Den Aufenthalt im Knast muss Otto Normalverbraucher ebenfalls selbst bezahlen, da werden tatsächlich Monat für Monat 14.000,- € von Ottos Kollateralkonto abgebucht. Otto gibt dafür sogar seine Unterschrift bei der Einlieferung in die Haftanstalt.

Schauen wir uns jetzt aber einmal die Rechtsgrundlagen an, auf deren Basis die Bürgermeister und Landräte arbeiten. Ein fiktives Hochsee- Piratenschiff haben sie nicht, das **Konkordat** fehlt! Da müsste der Vatikan allein in Deutschland rd. 47.000 Konkordate schließen. Bei **Kapitänin Manuela Schwesig** dürfen sie nicht mitfahren! Die Konzerne (AGs) kooperieren nur miteinander!

Einen Eintrag im Deutschen Handelsregister vom deutschen Staat haben sie auch nicht. Sie sind nur in Delaware USA (DE) angemeldet. Eine Gewerbeerlaubnis vom **deutschen Staat** haben sie auch nicht! Nicht einmal in Delaware haben sie eine Gewerbeerlaubnis!

Für welchen **Staat** arbeiten sie, welcher Staat hat sie legitimiert?

1983 **BVerfGE** - die BRD hat kein Staatsgebiet: Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 mit dem Az: **2 BvF 1/73** und Urteil **BVG U 2 BVR 373/83** von 1987 auf Anfrage 2015 Deutscher Bundestag Auswärtiges Amt/Antwort vom - 30.06.2015. Urteil des **IGH / EuGHfMR** 08. Juni 2006 (Az.: **EGMR 75529/01**)

Unter anderem verkündete der IGH, **EuGHfMR**, die Bundesrepublik Deutschland ist kein Staat, die Bundesrepublik Deutschland verfügt über kein Staatsgebiet, die Bundesrepublik Deutschland verfügt über kein Staatsvolk. Eine Staats-Simulation, wie schon aus unzähligen Gerichtsurteilen bekannt ist.

Also kein Staat und kein Bundesland vorhanden!

Da wird es dann schwierig mit der Gesetzeslage! 1982 Das **BVerfGE** zur Staatshaftung: Das Staatshaftungsgesetz ist vom „Bundesverfassungsgericht“ 1982 für nichtig erklärt worden (Urteil des „Bundesverfassungsgerichtes“ vom **19. 10. 1982** (BVerfGE 61, 149). Alle „Mitarbeiter“ der „BRD“ haften seitdem privat und persönlich vollumfänglich mit ihrer eigenen Freiheit und ihrem eigenen Vermögen. **Das gibt nicht einmal eine Staatshaftung!**

Städte - Gemeinden - Bürgermeister Teil 5

Also, der Staat fällt schon mal aus!

1983 **BVerfG**. **2 BvR 315 / 83** und **BGH**-Urteil. Es ist **verboten den Menschen als Objekt / jur. Person** zu behandeln.

Sie dürfen ja nicht einmal mehr ihr kriminelles **PERSONEN**- Spiel mit uns treiben, sie machen sich wegen Menschenrechtsverbrechen strafbar 1987 **BVerfG**. **77, 137**: Das deutsche Volk ist seit dem **16.04.1871**

Träger des Selbstbestimmungsrechts.

Das bedeutet ja, alle Deutschen sind voll souverän, sie plündern und berauben voll souveräne Menschen, sie besetzen ihren Grund und Boden. Darauf steht in einem Kriegsgebiet wie Deutschland die Todesstrafe!

1991 (01. Jan) Streichung des **§ 795 BGB** - Staatliche Inhaber Schuldverschreibung.

(1) Im Inland ausgestellte Schuldverschreibungen auf den Inhaber, in denen die Zahlung einer bestimmten Geldsumme versprochen wird, dürfen nur mit staatlicher Genehmigung in den Verkehr gebracht werden, soweit nicht Ausnahmen zugelassen sind. Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.

(2) Eine ohne die erforderliche staatliche Genehmigung in den Verkehr gelangte Schuldverschreibung ist nichtig; der Aussteller hat dem Inhaber den durch die Ausgabe verursachten Schaden zu ersetzen.

Das bedeutet, sie dürfen keine Verwaltungsakte herausgeben, Steuerforderung, **OWiG**, Bußgeld, Strafbefehl usw....

Für jeden Verwaltungsakt haftet der He-

rausgeber persönlich und privat in voller Höhe zuzüglich Schadensersatz! Da die kleinen Mitarbeiter alles herausgeben müssen, haften diese und dürfen sich schon mal von Haus und Hof, Ersparnissen usw. verabschieden. Die Haftung beträgt 100 Jahre, bis in die 3/4 Generation, da zahlen noch die Urenkel.

1. Januar 2000 Die Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 85, verk. am **06.02.1934**) unter § 1 unter (1 und 2) gab es nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit). Durch Bundesgesetzblatt Jahrgang 1999 Teil I Nr. 38, ausgegeben zu Bonn am 23. Juli 1999 wird diese Verordnung (5) **außer Kraft gesetzt** und tritt am 1. Januar 2000 in Kraft.

Alle Mitarbeiter in den Ämtern und Behörden haben ihre Staatsangehörigkeit nach Art. 116 Grundgesetz bereits mit dem 29. September 1990 durch die Löschung des Grundgesetzes Art. 23 Geltungsbereich verloren. Zum 1. Jan 2000 wird die Staatsangehörigkeit nochmals explizit aufgehoben!

Keine Staatsangehörigkeit mehr, kein Beamter mehr!

Städte - Gemeinden - Bürgermeister Teil 6

Damit ist auch die Staatsangehörigkeit - DEUTSCH - in den **Melderegistern** und **PERSONAL**ausweisen erloschen. - **StAG 1934** in den Grenzen von **1937** - Die **Nazifizierung** durch den Eintrag - **Deutsch** - ist strafbar! Die Städte und Gemeinden dürfen nicht einmal mehr Melderegister führen und auch keine Personalausweise mehr ausstellen.

Nur noch unter privater persönlicher Haftung zzgl. Schadensersatz.

Schauen wir mal die Gesetze an!

2006. **Das 1. Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht im Geschäftsbereich des Bundes- Justizministeriums vom 19. April 2006 - BGBl. I, S. 866** wurde am 24. April 2006 mit Ausgabe des Bundesgesetzblattes Nr. 18 - 2006 bekanntgegeben worden und trat am 25. April 2006 in Kraft.

Aufgehoben wurde das Bürgerliche Gesetzbuch, (**BGB**) das Strafgesetzbuch, (**StGB**) das Gerichts- Verfassungsgesetz, (**GVG**) die Zivil- Prozess- Ordnung, (**ZPO**) die Straf- Prozess- Ordnung, (**StPO**) Familiengerichtsbarkeit, (**FamFG**) usw...

2007. Mit dem 2. Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht wurden am **23. November 2007 - BGBl. I, S. 2614 Nr. 59** dann die Abgaben- Ordnung 1977, (**AO 77**), das Umsatzsteuergesetz, (**UStG**) das Einkommensteuergesetz, (**EStG**) die Finanzgerichts- Ordnung, (**FGO**) das Ordnungswidrigkeiten Gesetz, (**OWiG**) und weitere mit Rechtskraft vom 30. November 2007 aufgehoben und gelöscht.

3. Bundes- Bereinigungsgesetz 2010

Bundesgesetzblatt Jahrgang 2010 Teil I Nr. 63, ausgegeben zu Bonn am 14. Dezember 2010. **Hiermit wurden die gesamten restlichen Rechtslagen aufgehoben. Zum Beispiel auch das Sozial- Versicherungsgesetz. Artikel 108** Aufhebung des Gesetzes über die Sozialversicherung (VIII-25, VIII-34, VIII-35, X-33, X-35, X-2, X-5). Das Gesetz über die Sozialversicherung vom 28. Juni 1990 (GBl. I Nr. 38 S. 486), das zuletzt durch das Gesetz vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1606) geändert worden ist, wird aufgehoben.

Städte - Gemeinden - Bürgermeister Teil 7

B'nai B'rith und der **Vatikan** haben ihnen über ihre Firma **UNITED STAATEN OF AMERIKA Inc.** in Washington DC sämtliche Gesetzesgrundlagen völlig entzogen! **Wie können die denn da noch Gesetze zur Anwendung bringen?**

Das geht nur noch unter privater, persönlicher Haftung durch den Herausgeber. Hier sollte jeder langsam einmal merken, warum kein Richter, kein Staatsanwalt, kein Finanzbeamter usw... mehr eine Unterschrift nach **§ 126 BGB** wie vorgeschrieben leistet.

Sie wissen alle über die Haftung Bescheid!

Landesregierung MV hat abzutreten - MdkSP fordern die Regierungsübergabe

Gehlken, Ronald [Die Bundesländer]

- In welchem Rechtskreis bewegen diese sich?

Die Erklärung / Vorlage hier kann auf jedes einzelne Bundesland bezogen werden, überall läuft derselbe Betrug durch Israel / Washington DC, bzw. des Jüdischen Hoch-Freimaurer- Ordens B'nai B'rith, den Eigentümern des BUNDES.

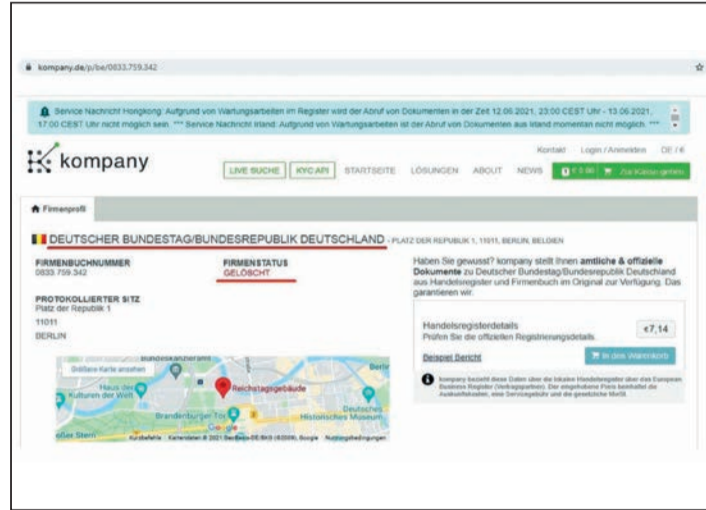
Um die Rechtskreise der Städte und Gemeinden verstehen zu können, muss man erst einmal die Rechtskreise des - BUNDES - (BRiD/BRaD/BRvD/BRD/DEUTSCHLAND/GERMANY) verstehen.

Am 3. Oktober 1990 wurde die Bundesrepublik Deutschland von Außenminister Hans-Dietrich Genscher bei der UNO abgemeldet und es wurde stattdessen der NAME Deutschland -"Germany" bzw. „BUND“ eingetragen und mit dem Zusatz: „Non-Government Organisation“ versehen. Laut Auskunft der United Nation UN ist der „BUND“, ein **Firmenkonsortium**, das nach Angaben von D&B auch den Namen **Bundesrepublik Deutschland** bzw. Germany führt und als s.g. NGO registriert ist. **NGO (engl.) = Nicht-Regierungs- Organisation!**

Berlin hat mit der **BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

rein gar **nichts zu tun**, Berlin steht der BRD aufgrund des Besatzungsstatutes als Ausland gegenüber.

Wie hier sichtbar ist, wurden die privaten Firmenkonsstrukturen bereits gelöscht, diese Auszüge bekommt man nur bei Voll- Auskünften, die Kostenpflichtig sind. Die UPIK-



Auszüge sind kostenfrei, wenn die DUNS-Nr. bekannt ist, muss nur die zur Auskunft eingegeben werden, ansonsten die Bezeichnung und Anschrift. Seit dem 3. Oktober 1990 existiert diese Verwaltung - BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND nach Art. 133 Grundgesetz schon nicht mehr, weil am 17.07.1990 das Grundgesetz durch Streichung des Art. 23 Geltungsbereich ebenfalls gelöscht wurde. Um in der Haftungsfrage ganz sicher zu gehen, haben die Eigentümer dieses Firmenkonsortiums dann mit Datum vom **25.07.2012** über ihre Firma **BUNDES-VERFASSUNGSGERICHT** ein Urteil fällen lassen, welches der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag sämtliche Legitimationen zur Gesetzgebung, Anwendung usw... bis rückwirkend 1956 völlig entzogen wurde.



- Urteil des BVerfGE vom 25.07.2012:
BVerfG-Urteil vom 25.07.2012 (2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11) stellt fest, dass es keine verfassungsgemäßen Parlamente seit mindestens 1956 in der BRD gab. Die Frage, ob die Gesetze nicht trotzdem durch die normative Kraft des Faktischen gültig seien, ist überhaupt nicht zulässig. Denn die „Normative Kraft des Faktischen“ schließt nicht ein, dass Rechtsverstöße, Betrug, Vertretungsfehler, sich irgendwann als Recht bezeichnen könnten.

Aus Unrecht wächst kein Recht – auch nicht, wenn es 70 Jahre vertuscht, versteckt oder sonst wie unbemerkt blieb.

- BRD als angeblicher Rechtsstaat seit 1956 erloschen
- Neues Wahlgesetz nichtig
- Altes Wahlgesetz nichtig
- Über 50 Jahre nichtige Gesetze und Verordnungen
- Mitglieder im Bundestag und im Bundesrat in Ermangelung eines Wahlgesetzes ,seit 1956 ohne Legitimation für eine Gesetzgebung

Hiermit wurden der Bundesrepublik Deutschland jegliche Rechte auf Steuern, Jurisdiktion, Gesetzgebungen usw. usw. völlig entzogen. Dies erfolgte aber bereits schon mit der Streichung des Geltungsbereiches Art. 23 Grundgesetz, am 17.07.1990 und den Bereinigungsgesetzen in den Jahren 2006, 2007 und 2010, die von den **Alliierten (ebenfalls B'nai B'rith)** erlassen worden sind. Trotzdem wird immer weiter gewählt, werden immer wieder neue Gesetze erlassen, die von den **BUNDESLÄNDERN** an die völlig rechtlosen Städte, Gemeinden, Ämter- und Behörden zum Vollzug weitergegeben werden. **Partei- Firmen** werden gewählt, SPD / CDU / GRÜNE / AfD usw... alles private Firmen die durch B'nai B'rith weisungsgebunden und in Delaware USA angemeldet sind.

Nichts hatte jemals Gültigkeit, nicht einmal Geltung für die Bevölkerung!

Eine Verwaltung BRD nach Art. 133 Grundgesetz konnte nie eine Regierung sein!

Proklamation Nr. 2 der Militärregierung Deutschland

- Amerikanische Zone - vom 19.09.45 von SHAEF-Oberbefehlshaber Eisenhower: **„Innerhalb der amerikanischen Besatzungszone werden hiermit Verwaltungsgebiete gebildet, die von jetzt ab als Staaten bezeichnet werden“**. Sowie zum Beispiel:

„**BAYERN**: umfasst ganz Bayern, wie es 1933 bestand, ausschließlich des Kreises Lindau.“ Aufgrund der Schreibweise - **BAYERN** - nur rein juristisch.

Ohne jegliche staatliche Rechtskraft, die USA sind seit 1871 auch nur noch eine Aktiengesellschaft, sie konnten und durften keinerlei rechtsgültige Änderungen am immer noch bestehendem deutschem Kaiserreich, vornehmen.

Eisenhower, ein Kollaborateur und Hochverräter am amerikanischen Volk, bezahlt von der Jüdischen Banken-Mafia und dem Vatikan, seine Macht ging niemals über die Grenzen des 36 Quadratmeilen großem Vatikanstaates Washington DC hinaus! Hochverrat und Kollaboration, der Vatikanstaat hatte niemals das Recht, für die Vereinigten Staaten von Amerika zu handeln oder in deren Namen Kriege zu führen und fremde Länder zu Okkupieren.

Aber auch Amerika wurde unterwandert und von Hochverrättern besetzt, gesteuert von B'nai B'rith über den Vatikanstaat Washington DC. **Hierdurch ist nachgewiesen, es gibt keine Bundesländer!**

Mit der Löschung des Art. 23 Geltungsbereich des Grundgesetzes am 17.07.1990 wurden diese Wirtschaftsgebiete / Bundesländer aber ebenfalls aufgelöst.

Hierzu auch einige Gerichtsurteile: (Private-Firmen-Urteile zum Haftungsausschluss.) 1991 BVerfGE zur Wiedervereinigung:

Fortsetzung auf Seite 12



Also eine private Firma im Vereinsrecht / Seerecht, ohne Boden- und Hoheitsrechte.

Alles private Firmen, die durch die **Jüdische Hoch- Freimaurer- Loge B'nai B'rith** installiert wurden und kontrolliert werden. Die Anführer der Loge - Rothschild, Rockefeller, Warburg, Schiff usw. reiben sich schon seit Jahrzehnten ganz verscheelt die Hände.

Um für ihre Raubzüge nicht haften zu müssen werden alle Zahlungen, ob Steuern oder sonstiges, grundsätzlich als **Schenkungen** verbucht. Auch diese Firma gehört zu **B'nai B'rith**, - dort werden Gesetze erlassen, die niemals Gesetze werden können, es sind Geschäftsbedingungen, mehr nicht!

Diese Firmen haben ihren Sitz in **Berlin**,



Fortsetzung von Seite 3 - Gerichte

Ihre private Haftpflichtversicherung die sie seit 1982 abschließen müssen kommt dafür nicht auf, hier geht es um kriminellen Vorsatz!!!

1. Januar 2000 Die Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 85, verk. am 06.02.1934) unter § 1 unter (1 und 2) gab es nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit). Durch Bundesgesetzblatt Jahrgang 1999 Teil I Nr. 38, ausgegeben zu Bonn am 23. Juli 1999 wird diese Verordnung (5) außer Kraft gesetzt und tritt am 1. Januar 2000 in Kraft.

Obwohl die Staatsbürgerschaft bereits mit der Löschung des Grundgesetzes aufgehoben wurde, hat man diese hier nochmals explizit aufgehoben. Das stört diese kriminellen Richter und Staatsanwalt- Darsteller aber nicht, sie wenden trotzdem immer noch die alten Nazi- Gesetze an, die schon 1947 durch den Alliierten Kontrollrat verboten worden sind. Zum Beispiel die Beuge / Erzwingungshaft!

Und dann wurde es 2006 noch besser!

2006. Das 1. Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht im Geschäftsbereich des Bundes- Justizministeriums vom 19. April 2006 - BGBl. I, S. 866 wurde am 24 April 2006 mit Ausgabe des Bundesgesetzblattes Nr. 18 - 2006 bekanntgegeben worden und trat am 25 April 2006 in Kraft.

Aufgehoben wurde das Bürgerliche Gesetzbuch, (BGB) das Strafgesetzbuch, (StGB) das Gerichts- Verfassungsgesetz, (GVG) die Zivil- Prozess- Ordnung, (ZPO) die Straf- Prozess- Ordnung, (StPO)

Hier wurde der „Justiz“ dann auch noch die gesamte Gesetzeslage entzogen und verboten! Ohne BGB und ZPO ist auch privates Recht nicht möglich!!! Und sie machen weiter als ob nichts geschehen wäre!

2012 wurde dann nochmals die schon 1990 erloschene BRD gelöscht!

- Urteil des BVerfGE vom 25.07.2012:
BVerfG-Urteil vom 25.07.2012 (2 BvF 3/11, 2 BvR

2670/11, 2 BvE 9/11) stellt fest, dass es keine verfassungsgemäßen Parlamente seit mindestens 1956 in der BRD gab. Die Frage, ob die Gesetze nicht trotzdem durch die normative Kraft des Faktischen gültig seien, ist überhaupt nicht zulässig. Denn die „Normative Kraft des Faktischen“ schließt nicht ein, dass Rechtsverstöße, Betrug, Vertretungsfehler, sich irgendwann als Recht bezeichnen könnten. **Aus Unrecht wächst kein Recht – auch nicht, wenn es 70 Jahre vertuscht, versteckt oder sonst wie unbemerkt blieb.**

- BRD als angeblicher Rechtsstaat schon seit 1956 erloschen
- Neues Wahlgesetz nichtig
- Altes Wahlgesetz nichtig
- Über 50 Jahre nichtige Gesetze und Verordnungen
- Mitglieder im Bundestag und im Bundesrat in Ermangelung eines Wahlgesetzes seit 1956 ohne Legitimation für eine Gesetzgebung. Hiermit wurden der Bundesrepublik Deutschland jegliche Rechte auf Steuern, Jurisdiktion, Gesetzgebungen usw. usw. völlig entzogen. Dies erfolgte aber bereits schon mit den Bereinigungsgesetzen in den Jahren 2006, 2007 und 2010, die von den Alliierten erlassen worden sind. Alle Gesetze, Verordnungen und Verträge sind bis rückwirkend 1956 null und nichtig!

Mit der Löschung der Gesetzesgrundlage durch das Bundes-Bereinigungsgesetz 2006 ergibt auch das eine doppelte Löschung der Gesetzesgrundlagen. Und sie machen immer noch weiter mit ihrem kriminellen Spiel! Für die Richter und Staatsanwälte ist selbst kriminell besser als arbeitslos zu sein! Staatsanwalt ohne Examen, ohne Staat, ohne Staatsangehörigkeit, was ist das eigentlich?

Der nächste Schlag der Firma BUNDESregierung ließ auch nicht lange auf sich warten!
Der BUND, diese NGO = Nicht- Regierungs- Organisation im Vereinsrecht hat aus

Haftungsrechtlichen Gründen dann den Status dieser Richter / Staatsanwälte und sonstigen Schein- Beam-

ten offengelegt. Urteil des BVerfGE 1 BvR 1677/15 vom 03.11.2015 hingewiesen: **Die Grundrechtsfähigkeit einer juristischen Person des öffentlichen Rechts ist grundsätzlich dann zu verneinen, wenn diese öffentliche Aufgaben wahrnehmen!** Gleiches gilt für juristische Personen des Privatrechts, die von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden. Die BRiD-Gerichte, sonstige Beamte und Mitarbeiter sind allesamt nicht grundrechtsfähig und somit auch nicht prozessfähig. Eine juristische Person ohne jegliches Grundrecht ist nicht grundbuch-, recht-, geschäfts-, handlungs-, delikt-, insolvenz-, vertrag- oder prozessfähig, sondern ausnahmslos nur schuldfähig!

Was bedeutet das jetzt?

Das Einzige was diese Firmen hier dürften, wenn sie dann auch auf deutschem Boden angemeldet wären und über eine Gewerbeerlaubnis verfügen würden, was nicht der Fall ist, sie dürften Waren und Sachen verwalten, Schiff-ladungen, Frachtgut! Das gilt für alle Firmen wie Bundesländer, Städte, Gemeinden, Gerichte, Finanzämter, Staatsanwaltschaften, Krankenkassen, Rentenkassen, Sozialkassen, Jobcenter, Arbeitsagenturen, usw. usw...Da es aber Mitarbeiter von nicht angemeldeten US- Firmen sind, dürfen sie gar nichts! Der Irrglaube besteht zwar immer noch, wir wären von Amerika besetzt, was aber auch auf Lügen basiert. Sie glauben alle ebenfalls, sie könnten das See- Handelsrecht = UCC nutzen, was aber ebenfalls nur ein Irrglaube ist.

Die Alliierten Besatzer konnten 1945 nur die Firma 3. Reich Adolf Hitler im Seerecht besetzen, also das fiktive (eingebildete) Handelsschiff 3. Reich.

Auch die Alliierten waren immer nur im Seerecht, niemals im Land/Bodenrecht. Die Verwaltungsstrukturen des 3. Reiches wurden besetzt, nicht das Land und nicht die Bevölkerungen der Länder.

Fortsetzung auf Seite 7

Sind AOK-Beiträge rechtswidrig?

- Es besteht keine Legitimation der Forderung!

Gehlken, Ronald [Recht]- Schreiben an die AOK

Aktenzeichen: 19/140522/AOK BRV
Datum: 14.05.2022

Ihr Angebots- Schreiben vom: 06.05.2022 Eingang am 10.05.2022 / Ihr Geschäftszeichen: H807922957 - 37111 / SELBSTZAHL /Ihre Aufforderung/Forderung/Anliegen/Behauptung:Freiwillige Mitgliedschaft bei der AOK seit dem 01.07.2021

Antwortschreiben: Ohne Einlassung, ohne Haftungsübernahme, ohne konkludente Annahme.

Werter Mitarbeiter Ralf Menzel über MENZEL RALF über M e n z e l: Ralf, Sie schreiben mit ihrem o. b. Schreiben eine undefinierte PERSON mit Namen Herrn Ronald Gehlken an und behaupten, dieser hätte eine zusätzliche, freiwillige Krankenversicherung durch Gesetzeskraft bei der AOK Niedersachsen abgeschlossen. Die jur. PERSON, Herr Ronald Gehlken, ist mir G e h l k e n: Ronald völlig unbekannt. Ich G e h l k e n: Ronald habe lediglich die rechts- und geschäftsfähige jur. PERSON GEHLKEN, RONALD, WERNER, MICHAEL so wie sie im PERSONalausweis geschrieben steht, für meine rechtlichen Tätigkeiten und Geschäfte zur Verfügung gestellt bekommen. Natürlich bin ich mit der jur. Person GEHLKEN RONALD nicht identisch, diese Person wurde mir lediglich durch das See- Handelsrechtliche System zur Verfügung gestellt um meine Rechtsgeschäfte im System ausüben zu können. Mit meiner Unterschrift habe ich die PERSON über mein Kollateralvermögen versichert. Selbstverständlich steht es ihnen frei, mir den Nachweis nach § 174 BGB zu erbringen, dass ich auch die Person Herrn Ronald Gehlken in irgendeiner Form angenommen und versichert habe. Ich kann und darf für/über diese Person nicht einmal geschäftlich tätig werden, da ich mich dann des Identitätsdiebstahls strafbar machen würde.

Anmerkung: Ich gehe einmal davon aus, dass auch sie über keine Prokura für Ralf Menzel verfügen. Den Nachweis zur Prokura werden sie mir sicherlich erbringen können, da ich ansonsten bei ihrem eingangs benannten Angebotsschreiben von einem vorsätzlichen Betrugsversuch ausgehen muss. Ich bin seit dem Tag meiner Geburt bis zu meinem Tod über mein Kollateralvermögen / Treuhandvermögen über die Person GEHLKEN RONALD WERNER MICHAEL unbegrenzt versichert. Warum sollte ich also freiwillig eine weitere Versicherung für eine undefinierte Person, die ich nicht einmal kenne, abschließen. Eine Person, die von ihrer US- Firma allein zum Zweck des Betruges erschaffen wurde, eine sogenannte Strohmännchenfigur. Was sie hier versuchen nennt man Treuhandbetrug, Identitätsbetrug, Obligationsfälschung, vorsätzlichen Betrug unter Missbrauch der jur. Person. Deshalb wurde dieser neu erschaffenen PERSON Herrn Ronald Gehlken, auch gleich eine meine alte Mitgliedsnummer - H807922957. neu zugeteilt. Auch ihr Zeichen, H807922957 - 37111 SELBSTZAHL weist auf den Treuhandbetrug hin. Nur Schiffe, Tote und Firmen (Din 5007 röm. Recht) werden durchgehend großgeschrieben. Ihr Gesetzgeber, nicht meiner, hat sich dafür auch schon vor Jahren etwas einfallen lassen um diesen Betrügereien Einhalt zu gebieten.

Punkt 1

Aufgrund des privaten Status der Unternehmen und der Vortäuschung öffentliches Recht auszuüben kommt es zur Durchgriffshaftung §§ 105 Abs. 1, § 128 HGB, sie haften persönlich mit ihrem gesamten Privatvermögen. Da es sich hier um den Missbrauch der juristischen Person durch privat erzeugte Strohmännchen- Scheingeschäfte § 117 BGB handelt, führt dies zum „Verlust der Haftungsbeschränkung“. 2007 gab der BGH das zur Durchgriffshaftung führende Konzept des Missbrauchs der Rechtsform auf und begründete die Existenzvernichtungshaftung des Gesellschafters allein mit § 826 BGB als eine besondere Fallgruppe der sittenwidrigen vorsätzlichen Schädigung. Nicht versicherte „Strohmännchen“ stehen ausschließlich unter Haftung des jeweiligen Anwenders mit Durchgriffshaftung über dessen Juristische Obligation auf den Inhaber dieser [19/III GG]. Das

bedeutet nichts anderes, als dass hier seit 2007 hart gegen die jur. PERSONEN, die sich als angebliche staatliche Beamte ausgeben um über den Obligationsbetrug mit dem Namen, (Erzeugung von Strohmännern) staatshoheitliche Amtshandlungen auszuüben, vorgegangen wird.

Quelle: Wikipedia

Auch behaupten sie, meine Versicherung setzt sich als freiwillige Mitgliedschaft gemäß ihrem, nicht meinem Gesetzgeber weiter fort, da ich ihre Fragen nicht innerhalb von 14 Tagen beantwortet habe. Somit fordern sie vom 01.07.2021 bis 31.03.2022 eine Nachzahlung in Höhe von 7.989,12 €. Die monatlichen Zahlungen betragen zukünftig 887,68 €. Die Frage die sich hier schon stellt, von welcher PERSON verlangen sie diese Beiträge? Von G e h l k e n: Ronald = lebender Mensch dürfen sie die Beiträge nicht einfordern, der Mensch ist bereits unbegrenzt über GEHLKEN, RONALD, WERNER, MICHAEL versichert. Also fordern sie die Beiträge von Herrn Ronald Gehlken, einer von ihnen neu erschaffenen jur. PERSON, die rein fiktiv, nur als Strohmännchen existiert. Auch hier hat ihr Gesetzgeber bereits Vorsorge getroffen.

Punkt 2

BVerfGE 1 BvR 1677/15 vom 03.11.2015

Die Grundrechtsfähigkeit einer juristischen Person des öffentlichen Rechts ist grundsätzlich dann zu verneinen, wenn diese öffentliche Aufgaben wahrnimmt! Gleiches gilt für juristische Personen des Privatrechts, die von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden. Die BRID-Gerichte, sonstige Beamte und Mitarbeiter sind allesamt nicht grundrechtsfähig und somit auch nicht prozessfähig. Eine juristische Person ohne jegliches Grundrecht ist nicht grundbuch-, recht-, geschäfts-, handlungs-, delikt-, insolvenz-, vertrag- oder prozessfähig, sondern ausnahmslos nur schuldlos! Um ihnen auf die Sprünge zu helfen, sie agieren hier einzig und allein im See- Handelsrecht = UCC, dem niedrigsten Rechtskreis, den es gibt, man nennt es auch Piratenrecht. Das UCC kennt keine lebenden Menschen, nur totes Sachenrecht, Schiffs Ladungen, Waren, Frachtgut usw. Das bedeutet jetzt, sie können und dürfen nur als jur. PERSON (totes Sachenrecht) mit jur. PERSONEN (totes Sachenrecht) agieren. Treten sie in diesem Rechtskreis nun als lebender Mensch auf und stellen Forderungen (Verwaltungsakte) an lebende Menschen, haften sie privat und persönlich dafür. Sie begehen private Straftaten unter privater, persönlicher Haftung.

Erklärung des Niedersächsischen Justizministers hierzu:

Die Länder sind dem Grundgesetz und dem Völkerrecht nicht beigetreten. Gemäß der Erklärung des Nds. Justizministeriums in (Dokument 1001 I-202.45) vom 19.01.2017 n.Chr. wird in der Jurisdiktion

- Rechtsprechung ohne Rechtsfähigkeit,
- Prozesse ohne Prozessfähigkeit,
- Klagen ohne Klageberechtigung und Klagebefugnis,
- Schäden ohne Haftbarkeit mit anonymer UN-Verantwortung fingiert und Völkerrecht ohne Zuständigkeit gegen die Verfassungsordnung verleumdeter.

Diese Handlungen sind strafbar.

1991 (01. Jan.) Streichung des § 795 BGB – Staatliche Inhaber Schuldverschreibung.

(1) Im Inland ausgestellte Schuldverschreibungen auf den Inhaber, in denen die Zahlung einer bestimmten Geldsumme versprochen wird, dürfen nur mit staatlicher Genehmigung in den Verkehr gebracht werden, soweit nicht Ausnahmen zugelassen sind.

Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.
(2) Eine ohne die erforderliche staatliche Genehmigung in den Verkehr gelangte Schuldverschreibung ist nichtig; der Aussteller hat dem Inhaber den durch die Ausgabe verursachten Schaden zu ersetzen.

Jede Schuldverschreibung auf den Inhaber, muss von den Mitarbeitern der Schein-Behörden und Ämter in voller Höhe zusätzlich Zinsen und Schadensersatz unter privater Haftung ersetzt werden. Nichts ist mehr versichert, alle Mitarbeiter handeln unter persönlicher, privater Haftung!!!

Auch behauptet ihre private US- Firma in

ihrem Impressum, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts zu sein, was absolut nicht möglich ist.

Impressum für die regionalen Inhalte der AOK Niedersachsen

AOK – Die Gesundheitskasse für Niedersachsen

Hildesheimer Straße 273

30519 Hannover

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts

Umsatzsteuer-ID: DE192651227



Für eine Körperschaft des öffentlichen Rechts benötigt man:

1. Einen Staat mit Staatsvolk und Staatsgebiet
2. Eine Verfassung
3. Eine Staatsangehörigkeit.

Fehlt nur ein einziger Bestandteil kann von einem Staat keine Rede mehr sein.

23. Mai 1949 – Rechtsnachfolge. – Vereinigtes Wirtschaftsgebiet.

„Grundgesetz Artikel 133, der BUND tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein.“ Die Wirtschaftsgebiete wurden dann als Bundesländer benannt. Verwaltung, nicht Staat, nicht Gesetzgeber, keine hoheitlichen Rechte und Befugnisse.

1983 BVerfGE - die BRD hat kein Staatsgebiet:

Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 mit dem Az: 2 BvF 1/73 und Urteil BVG U 2 BVR 373/83 von 1987 auf Anfrage 2015 Deutscher Bundestag Auswärtiges Amt/Antwort vom - 30.06.2015.

BVerfGE zum Grundgesetz

In der BRD gibt es kein Geltungsbereich mehr (Wegfall Art. 23 „Geltungsbereich“ am 17.07.1990 bzw. rechtswidrig mit den „Europa-Artikel“ überschrieben) „Gesetze ohne Geltungsbereich besitzen keine Gültigkeit und Rechtskraft.“

(BVerfGE 3, 288 (319f):6, 309 (338, 363))
1. Januar 2000 Die Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 85, verk. am 06.02.1934) unter § 1 unter (1 und 2) gab es nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit). Durch Bundesgesetzblatt Jahrgang 1999 Teil I Nr. 38, ausgegeben zu Bonn am 23. Juli 1999 wird diese Verordnung (5) außer Kraft gesetzt und tritt am 1. Januar 2000 in Kraft.

Urteil des IGH / EGMR 08. Juni 2006 (Az.: EGMR 75529/01)

Unter anderem verkündete der IGH, EGMR, die Bundesrepublik Deutschland ist kein Staat, die Bundesrepublik Deutschland verfügt über kein Staatsgebiet, die Bundesrepublik Deutschland verfügt über kein Staatsvolk.

Schauen sie M e n z e l: Ralf, da fehlt einfach alles, kein Kriterium wird erfüllt. Und nun kommen sie nicht mit den Bundesländern,

1991 BVerfGE zur Wiedervereinigung:

Es gibt keine Wiedervereinigungen zwischen DDR und BRD (Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24 April 1991- BvR 1341/90) Die BRD verfügt weder über ein Staatsgebiet noch über ein Staats- Volk.

Somit ist auch die Gründung der Bundesländer vom 14.10.1990 null und nichtig.

Gemäß Art. 133 GG hat es auch niemals irgendwelche Bundesländer gegeben, es waren zu Verwaltende Wirtschaftsgebiete.

1992 Das Sozialgericht Berlin hat im Urteil einer Negationsklage vom 19.05.1992 (Aktenzeichen S 56 Ar 239/92) festgestellt, dass der so genannte Einigungsvertrag vom 31.08.1990 (BGBl.1990, Teil II, Seite 890) ungültig ist, da man nicht zu etwas beitreten kann, was bereits am

17.07.1990 aufgelöst worden ist). Auch die Bundesländer sind illegal, es waren bis 1990 Verwaltungsgebiete / Kartellgebiete.

Die Krankenversicherung wurde am 15. Juni 1883 durch Reichskanzler Otto von Bismarck eingeführt und wurde als Revolution des Gesundheitssystems gefeiert. Wenn man bedenkt, dass bereits 1866 mit dem Norddeutschen Bund die See- Handelsrechtliche Decke über das Kaiserreich gezogen und ab 1871 die Geburtsurkunden der Bürger an die Banken verkauft wurden, ist das keine Revolution gewesen, das war eher mit eines der ersten Betrugsmodelle auf deutschem Boden. Bundesländer gibt es ebenfalls nicht!

- Urteil des BVerfGE vom 25.07.2012:

BVerfG-Urteil vom 25.07.2012 (2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11) stellt fest, dass es keine verfassungsgemäßen Parlamente seit mindestens 1956 in der BRD gab. Die Frage, ob die Gesetze nicht trotzdem durch die normative Kraft des Faktischen gültig seien, ist überhaupt nicht zulässig. Denn die „Normative Kraft des Faktischen“ schließt nicht ein, dass Rechtsverstöße, Betrug, Vertretungsfehler, sich irgendwann als Recht bezeichnen könnten. Aus Unrecht wächst kein Recht – auch nicht, wenn es 70 Jahre vertuscht, versteckt oder sonst wie unbemerkt blieb.

- BRD als angeblicher Rechtsstaat schon seit 1956 erloschen

- Neues Wahlgesetz nichtig

- Altes Wahlgesetz nichtig

- Über 50 Jahre nichtige Gesetze und Verordnungen und Mitglieder im Bundestag und im Bundesrat in Ermangelung eines Wahlgesetzes seit 1956 ohne Legitimation für eine Gesetzgebung

Hiermit wurden der Bundesrepublik Deutschland jegliche Rechte auf Steuern, Jurisdiktion, Gesetzgebungen usw. usw. völlig entzogen. Dies erfolgte aber bereits schon mit den Bereinigungsgesetzen in den Jahren 2006, 2007 und 2010, die von den Alliierten erlassen worden sind.

Die dummgeschulten Mitarbeiter der deutschen Scheinbehörden (private Firmen) machen aber mit ihren kriminellen Machenschaften weiter wie bisher! Daran stört sich auch niemand, alle sind aus der Haftung raus, die Mitarbeiter der Schein- Ämter- und Behörden haften für alles persönlich und privat. Alles bis rückwirkend 1956 ist null und nichtig, somit haften die Mitarbeiter der Schein- Ämter und Behörden schon seit 1956 für ihre begangenen Straftaten. Es gibt weder eine Regierung noch einen deutschen Bundestag, geschweige denn, Ämter und Behörden, die irgendeine Macht über das deutsche Volk ausüben könnten oder dürften.

Mit diesem Urteil wurde nicht nur die Bundesrepublik Deutschland aufgelöst, auch die Bundesländer haben keinerlei Berechtigungen vorzuweisen.

Auch der private Firmeneintrag mit der D-U-N-S Nummer 31-949-5966 sagt klar und deutlich, dass ihr Unternehmen rein privater Natur ist. D-U-N-S Nummern dürfen nur an private Unternehmen vergeben werden, nicht an staatliche Ämter und Behörden. Auch ihre Umsatzsteuer-ID: DE192651227 stellt eindeutig fest, dass sie kein öffentliches Recht ausüben dürfen, seit wann muss eine staatliche Behörde Umsatzsteuern zahlen? Ihr Unternehmen zahlt die Umsatzsteuern dann auch noch nach Delaware USA! Das bedeutet, dass ihr privates Unternehmen nicht einmal auf deutschem Boden angemeldet ist und ebenso über keine Gewerbeerlaubnis verfügt. Schauen sie Ralf M e n z e l, das allein sagt schon alles aus! Aber ich mach gerne weiter!

1999 Das Militärregierungsgesetz Nr. 53 (MRG Nr. 53) hat bis heute Gültigkeit (siehe Urteil BGH 5 StR 97/99 - v. 21. April 1999 (LG Berlin)) Für besetzte Gebiete gelten im völkerrechtlichen Rahmen die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung (HLKO) mit Vorrang vor allen anderen Gesetzen in Deutschland. Dieses Übereinkommen wurde durch Annahme des Bundestages mit Zustimmung des Bundesrates am 13. Januar 1994 in den Gesetzesstand erhoben. Laut geltender Art. 46 der „HLKO“

Fortsetzung von Seite 5 - Gerichte

Solange die Bevölkerungen aber an ihre Besetzung glaubt und daran, dass sie Kriegsgefangene sind, funktioniert der Betrug einwandfrei. Dieses Spiel läuft weltweit so ab!

Das UCC ist anwendbar

(1) auf hoher See

(2) auf amerikanischen Schiffen

(3) in allen Ländern, welche von den Vereinigten Staaten verwaltet oder erobert werden, und innerhalb des Staates Amerika.

Das Problem der Vereinigten Staaten von Amerika hier ist, die Amerikanischen Bundesstaaten sind schon seit 1871 nur noch Firmen im See- Handelsrecht, als See- Handelsrechtliche Staaten ohne Hoheitsrechte tätig. Das ist mit ein Grund, warum die USA keinem Richter, Staatsanwalt, Rechtsanwalt oder Notar eine Zulassung für ihre Tätigkeiten ausstellen können. Sie würden unweigerlich für schwere Menschenrechtsverbrechen haften müssen!

Der Vatikan und die Juden sind aber sehr trickreich, das römische Recht ist schon über 2000 Jahre alt und wurde immer wieder verfeinert. Man hat den Deutschen dann einen PERSONalausweis aufgezwungen. Ohne PERSO kein Bankkonto, keine Wohnung, keine Arbeit, NICHTS gibt es ohne PERSO. Mit dem PERSONalausweis wurde dem Zwangs- Antragsteller dann eine jur. PERSON, als rechts- und geschäftsfähige PERSON zur Verfügung gestellt, die der Antragsteller dann über sein Kollateralvermögen versichern musste. Im röm. Recht (auch Kanonisches Recht genannt) muss man immer auf die Schreibweise achten, nur die Schreibweise ist gültig. Es geht nicht darum, wie wir schreiben, es geht darum, was im System Gültigkeit hat.

1 - MUSTERMANN MAX / oder auch MAX MUSTERMANN. Das ist die einzige im System rechts- und geschäftsfähige jur. Person.

2 - Max M u s t e r m a n n / M u s t e r m a n n, Max. In Sperrschrift bedeutet das, Mensch / lebend.

Das System darf Max nur unter dem Namen - 1 - anschreiben, als jur. PERSON, als tote Sache im Sachenrecht. Den Namen zu - 2 - darf das System nicht nutzen, das ist der lebende Mensch, mit dem hat das System absolut gar nichts zu tun! Über die Bürgermeister und Landräte die es hier nicht einmal gibt, werden dann in den Melderegistern weitere Namen eingetragen.

3 - Z. B. Herr Max Mustermann und ähnliche Schreibweisen. Dieser Herr Max Mustermann ist auch eine jur. PERSON, die im System aber nicht existiert ist, die hat mit den Namensschreibungen zu 1 + 2 auch rein gar nichts zu tun. Und mit dieser und ähnlicher Namensschreibweise zu - 3 - beginnt der Betrug!

Hier wurde eine neue, unversicherte jur. PERSON erfunden! Diese kriminellen Richter und Staatsanwalt- Darsteller verurteilen diese selbst erfundene jur. PERSON jetzt zu einem Strafbefehl, sagen wir über 10.000,- € wegen Beleidigung. In einem System das nur im toten Sachenrecht mit toten Sachen wie jur. PERSONEN agieren kann, sind Beleidigungen völlig unmöglich. Diese Richter- und Staatsanwalt- Darsteller verfügen weder über die Rechtslage noch über die Befugnis irgendwelche Urteile zu fällen, schon gar nicht wegen Beleidigung. Sie versuchen aber den Menschen - s. zu 2 - dazu zu zwingen, die Haftung für eine ihm völlig unbekannt jur. PERSON zu übernehmen. Deshalb behandeln sie den Menschen auch wie eine jur. PERSON. Hier kommen gleich 2 Fragen auf!

Frage 1: Gibt es überhaupt jur. PERSONEN auf deutschem Boden und dürfen diese kriminellen überhaupt einen Menschen als jur. PERSON behandeln?

1983 BVerfG. 2 BvR 315 / 83 und BGH-Urteil - Es ist verboten den Menschen als Objekt / jur. Person zu behandeln.

1987 BVerfG. 77, 137: Das deutsche Volk ist seit dem 16.04.1871 Träger des Selbstbestimmungsrechts.

- Canon 2056 - Wenn sich herausstellt, dass die private verborgene Treuhand auf falschen Grundannahmen hin erzeugt wurde, dann verliert die Treuhand sofort jegliches Eigentum, wenn ein Mann oder eine Frau erklärt derjenige mit Körper, Geist und Seele zu sein, der in der Geburtsurkunde steht.

- Canon 2057 - Jeder Verwalter oder Ausführer, der es verweigert, augenblicklich die Cestui Que (Vie) Treuhand aufzulösen, die über eine Person, ihren Status und ihre Handlungskompetenz erzeugt war, ist des Betruges schuldig und des fundamentalen Bruchs seiner Treuhänderpflicht, was seine sofortige Entfernung und Bestrafung erfordert. - Quelle: „Canonum De Ius Positivum“

- Mensch - Der Mensch ist das mit Verstand und Sprachvermögen begabte Lebewesen von seiner Geburt bis zum Tod. Der Mensch steht im Mittelpunkt des von ihm gestalteten Rechts. Er hat bestimmte grundlegende Rechte „gegenüber“ dem Staat. Quelle: Vahlen Jura - Juristisches Wörterbuch - 15. Auflage

Auflösung des römischen Rechts:

Seit dem 21 Juni 2011 ist die Romanus Pontifex offiziell aufgelöst, über Ritus Mandamus und Ritus Probatum; öffentlicher Eintrag Nr. 983210-331235-01004. Hiermit ist alle Rechtsprechung des römischen Reiches auf der Erde null und nichtig. Alle Cestui Vie - Trusts sind seit dem 15 August 2011 über den Titus Probatum Regnum und Ritus Mandamus aufgelöst. (Öffentlicher Eintrag Nr. 983210-341748-240014)

Dies beinhaltet die Auflösung des Trusts und Amtes bekannt als Aeterni Regis, und als die „Ewige Krone“ oder „die Krone nebst all ihrer Abergern, die Beendigung aller Siedlungsurkunden (settlement certificates), Geburtsurkunden, Sterbeurkunden, der Bonds und Ansprüche (claims) einschließlich der Autoritäten der Bank for International Settlements (BIS = Zentralbank der Zentralbanken.) Alle Länder / Bundesländer / Bundesstaaten existieren ausschließlich nur unter einem Konkordat mit der röm. kath. Kirche, als See- Handelsrechtliche Staatswesen und sind dem Internationalen UCC (Uniform Commercial Code) sowie dem Kanonischen Recht unterworfen.

Es gibt die jur. PERSON nicht mehr!

Frage 2.

Auf welcher Rechtsgrundlage arbeiten diese Richter und Staatsanwalt- Darsteller? Das UCC (See- Handelsrecht) kann es nicht sein, das gibt es nicht mehr, auch diese See- Handelsrechtlichen Staatswesen nicht.

Offiziell wurde dann der Vatikan mit Datum vom 25.12.2012 zwangsgepfändet.

Der OPPT Act - Bekanntgabe am 25.12.2012 Deklaration of Facts: Alle Staatsdiener handeln seit der UCC-Einreichung „Declaration of Facts“ (UCC Doc # 2012127914) vom 28. November 2012 durch OPPT auf eigene Verantwortung und haften persönlich für ihre Handlungen. Sie haben seitdem nicht mehr die Sicherheit ihrer zwangsvollstreckten Firmen im Rücken. Alle Regierungscharts sind annulliert:

Siehe: ERKLÄRUNG DER FAKTEN (DECLARATION OF FACTS): UCC-DOC # 2012127914 vom 28. November 2012. „...Das jegliche und alle CHARTAS, einschließlich der United States Federal Government, UNITED STATES, „State of.“, inklusive jeglicher und aller Abkürzungen, idem sonans oder andere rechtliche, finanzielle oder administrative Formen, jegliche und alle internationale Äquivalente, einschließlich jeglicher und aller ÄMTER und ÖFFENTLICHER DIENSTSTELLEN, BEAMTEN und ÖFFENTLICHER BEDIENSTETEN, VERWALTUNGSAKTE und VOLLZUGSBEIENSTETETE, VERTRÄGE, VERFASSUNGEN und SATZUNGEN, MITGLIEDSCHAFTEN, VERORDNUNGEN und jegliche und alle sonstige Verträge sowie Vereinbarungen, die damit und darunter getroffen worden sind, jetzt nichtig, wertlos, oder anderweitig annulliert sind, unwiderlegt;...“ Bankchartas annulliert: (siehe: TRUE BILL: WA DC UCC-DOC # 2012114776 vom 24. Oktober 2012) „Erklärt und unwiderruflich gelöscht; jegliche und alle Chartas der Mitglieder der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), aller Mitglieder und Nutznießer, einschließlich aller Begünstigter, einschließlich jeglicher Körperschaften, die private Geldsysteme besitzen, betreiben, unterstützen, begünstigen und die sich Rechnungstellung, Geldeintreibung, Vollstreckungsmaßnahmen bedienen, um SKLAVENSYSTEME zu unterhalten... die rechtmäßigen Werte mithilfe unrechtmäßiger Befugnis beschlagnahmen...“

Der OPPT- Act bedeutet konkret: " BUND, Länder, Kreise, Städte und Gemeinden haben niemals eine staatliche Legitimation besessen;" BUND, Länder, Kreise, Städte und Gemeinden handeln aus einem Geschäftsmodell heraus; Damit ist es de jure und de facto ausgeschlossen, dass BUND, Länder, Kreise, Städte und Gemeinden „hoheitlich“ tätig sein können oder sein konnten; " BUND, Länder, Kreise, Städte und Gemeinden haben mit dem Bürger keinen Vertrag auf der Grundlage der UCC Registrierungen (Bezug: WA DC UCC Doc #2012114776, 24. Oktober2012); " Mitarbeiter und Bedienstete von BUND, Länder, Kreise Städte und Gemeinden in ihrer Rolle als vermeidliche Verwalter vermittelnd, handeln laut UCC in ihrer Arbeit persönlich und haftend mit ihrem gesamten Vermögen (vergl. WA DC UCC Ref. Doc #2012113593); Auch das Moto Proprio hat der Papst nicht freiwillig erlassen. Er war dazu gezwungen, ein Satanistischer Papst kann kein guter Mensch sein!

Der Vatikan ist 1963 beim 2 Vatikanischen Konzil offen zum Satanismus übergetreten.

Motu Proprio vom 11. Juli 2013:

Papst Franziskus hat am 11. Juli 2013 mit Wirkung zum 01. September 2013 ein Motu Proprio, das höchste legale Gesetzinstrument auf Erden aus eigenem Beweggrund (motu proprio) herausgegeben und demzufolge die Immunität aller Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und „Regierungsbeamten“ aufgehoben. Durch dieses Motu Proprio des Papstes sind nunmehr Richter, Anwälte, Banker, Gesetzgeber, Strafverfolgung und alle öffentlichen Beamten und Bediensteten persönlich haftbar zu machen für ihre Beschlagnehmung von Häusern, Autos, Geld und Anlagen der wahren Begünstigten, für Freiheitsberaubung, Betrug, Belästigung und die Umwandlung der Treuhandfonds der wahren Begünstigten. Das sind unumstößliche Fakten!

Da der Vatikan trotz allem mit seinen Satanischen Machenschaften weiter gemacht hatte, wurde der Vatikan 2021 mit Unterstützung von US- Einheiten, von der Italienischen Polizei und Militäreinheiten gestürmt und stillgelegt. In den Main- Stream- Medien wurde darüber natürlich nicht berichtet. Im See- Handelsrecht = UCC können sie auch nicht sein! Da gibt es dann noch eine Zusatzfrage: Die Richter und Staatsanwalt- Darsteller haben

- Kein Staats- Examen!
- Kein Staat mit Staatsgebiet!
- Kein Grundgesetz mehr, am 17.07.1990 zum 29.09.1990 gelöscht.
- Keine Nazi- Staatsbürgerschaft mehr Art. 116 Grundgesetz (in den Grenzen von 1937)
- Keine Staatshaftung mehr!
- Keine Zulassung durch die Militärregierung!
- Keine Hoheitsrechte auf deutschem Boden!
- Kein See- Handelsrecht = UCC
- Keine jur. PERSONEN die sie verurteilen könnten
- Keine Immunität, die sie als Richter / Staatsanwalt schützen könnte.
- Keine Gesetzesgrundlagen, nicht einmal das Privatrecht mehr.
- Keine Versicherung für Verwaltungsakte mehr 795 BGB

Dazu befinden sich diese Firmen alle völlig illegal auf deutschem Boden! Damit ist der große Betrugs- Trick, mit dem sie ihr Geld verdienen auch weg.

Wie funktioniert dieser Trick?

Die Opfer werden unter gefälschten Namen Herr / Frau Max Mustermann angeschrieben und via Schiffs- Vorladung auf das fiktive Hochsee- Schiff - Amtsgericht - vorgeladen. Bei Unwissenden funktioniert das immer ganz einfach, die haben meistens auch einen Rechtsanwalt dabei, der ebenfalls völlig illegal auf deutschem Boden agiert. Sein Job ist es aber, das Opfer dem Kapitän des Hochsee- Schiffs - Amtsgericht - vorzuführen und ihn dazu zu bewegen, den Kapitän als Richter anzuerkennen.

Fortsetzung auf Seite 11

Fortsetzung von Seite 6 - AOK

- Haager Landkriegsordnung: „Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden“. Laut geltender Art. 47 der „HLKO“

- Haager Landkriegsordnung: „Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt“

2007 wurde dann auch noch das aufgehobene Besatzungsrecht durch die Alliierten wieder aufgehoben, was bedeutet die Besetzung ist wieder aktiviert worden.

Nun, das bedeutet, die Bundesrepublik Deutschland oder wie die Firma seit dem 03.10.1990 genannt wird, - Deutschland, - ist wieder voll besetzt. Was viele nicht verstehen, Besetzung bedeutet militärische Verwaltung, da sind die Ämter- und Behörden, sowie der Staat völlig eingefroren und handlungsunfähig.

Kein Amt, keine Behörde darf mehr ohne Zulassung der Alliierten, irgendwelche Verwaltungsakte herausgeben! Was die meisten ebenfalls nicht verstehen, nicht die Bevölkerung und der Staat wurden erneut besetzt, die Firma Bundesrepublik Deutschland / Deutschland / BUND in Berlin sowie alle Schein- Ämter- und Behörden wurden besetzt und handlungsunfähig gestellt. Was wiederum bedeutet, jeder haftet privat und persönlich für die von ihm herausgegebenen Verwaltungsakte.

In ihrem Fragebogen zum SEPA-Lastschriftmandat, hat die AOK sich sogar als Gläubiger eingetragen, nun Ralf M e n z e l, die AOK kann, wenn überhaupt, nur Schuldner, niemals Gläubiger sein! Ich sehe hier keine Veranlassung, neben der jur. PERSON - GEHLKEN, RONALD WERNER MICHAEL noch eine weitere jur. PERSON mit gleichlautendem Namen aber in anderer Schreibweise, Herrn Ronald Gehlken zu versichern und die Kosten dann privat und persönlich zu tragen.

Das Betrugs- Spiel ist doch mittlerweile bekannt!

Über GEHLKEN, RONALD WERNER MICHAEL werden alle Kosten abgebucht! Über Herrn Ronald Gehlken wird durch vorsätzlichen Betrug die Summe nochmals gefordert und wandert als Schwarzgeld in private Taschen.

Das bedeutet, alle Krankenversicherungsbeiträge die ich mein Leben lang bezahlt habe, sind als Schwarzgeld in privaten Taschen gelandet.

Da die Krankenkassen niemals, zu keiner Zeit in irgendeiner Form legitimiert waren, Krankenkassenbeiträge einzufordern sind die Krankenkassen Schadensersatzpflichtig.

Unter militärischer Besetzung hat das besetzende Militär für den Unterhalt der Bevölkerung sowie für die Krankenversorgung aufzukommen.

Von daher werde ich Sie und den Vorstand ihrer Firma in die private Haftung nehmen.

Da es sich um Treuhandbetrug in Billionenhöhe handelt, werde ich bei den Haftungsummen auch nicht zimperlich sein. Voraussichtlich können diese Forderungen noch in diesem Jahr, in den neuen USA fällig gestellt und eingeklagt werden.

Mit freundlichen Grüßen

G e h l k e n, Ronald Werner Michael souveräner Preusse



IMPRESSUM

VOLLDRAHT ist eine neue Form der deutschen Presse. Verantwortlich zeichnet

Volldraht

Redaktion
B a u m a n n , Jörn
Postfach 1150
18461 Güstrow
0176-32883575
info@volldraht.de
www.volldraht.de

Inhaberin:
T i m m , Janet
Gleviner Straße 29
18273 Güstrow

VOLLDRAHT® ist eine eingetragene Wortmarke

Friedensaktivist mit praktischer Erfahrung



*„Preussen wappnet euch, die Pflicht ruft.
Laßt die Kaiser und Könige ruhen,
die Menschen leiten ihr Geschick ohne die
Sippschaft der Habsburger Lippe und Gesin-
de aus deren Zucht.*

*Nimmt den Platz des Bürgermeisters ein
und bereitet die Gemeinden vor,
der souveräne Staat Preussen wird als Phö-
nix erwachen.*

*Erst die Gemeinden in der Proklamation
der Verfassung 1848, dann im Land, eure
Heimat, um dann als souveräner Staat für
uns alle, seinen Platz wieder einzunehmen.*

*Laßt uns vorbereiten, ein Fest wie es lan-
ge nicht gesehen, ladet die wahren Freunde
und Begleiter ein, die noch
wachen in der rauhen See, bietet Speis und
Trank und laßt uns gemeinsam
streiten gegen den dunklen Feind,
treibt ihn in den Sumpf und dort soll er ver-
rotten.*

*Kein Zögern oder Zaudern soll
verhindern das Fest, in dem das Licht des
klaren Tages scheint, das Lachen der Kinder
unsere Herzen erwärmt und
Weiber wieder Männer erkennen können. Es
ist an der Zeit Neues zu schaffen,
besser zu sein wie je zuvor, immer auf der
Hut vor dem Narzismus, dem
Egoismus der alten Zeit.*

*Bringt euch ein und laßt uns beginnen, die
neue Zeit.“*

Ihr glaubt der Genozid durch die
Gen-Spritze wird das Schlimmste sein, was
euch passieren konnte. Wartet ab, wenn der
Dreck des Pädophilen-Sumpf euch vor

Augen geführt wird, so das Ihr nicht mehr
wegschauen könnt. Die politischen Mandats-
träger pissen sich ein, im Wissen ihres Ver-
brechens und die Wenigen die aufstehen und
Rechenschaft verlangen, die werden durch
die Wohlstandssklaven bekämpft und igno-
riert.

Seht was euch erwartet, eure Feigheit wird
euer Ende sein.
jb/Redakteur

Jörn Baumann, Mitglied des kommissa-
rischen Staatsrats Preussen (MdkSP),
Hamburg 1962, Preusse, verwurzelt
in Mecklenburg, verheiratet, Vater von
5 Kindern, Karosseriebau, Baubudenrülps,
Anlagenbauer, Thermodynamiker, Entwick-
ler in der bakteriologischen Prophylaxe von
Trinkwasser- und Ultrafiltrationssystemen,

Friedensaktivist mit praktischer Erfahrung,
unbequem, direkt, wurde zum Schreiben
getrieben - es war kein anderer da, der den
Job machen wollte. Rechtschaffen, parteilos,
Visonär, Rationalist, Fan vom Team Russland
Putin/Lawrow.

Wut in kanalisierter Form des Schreibens,
ist das Schwert der Freiheit.

**Die Redaktion distanziert
sich von den Meinungen,
Ansichten und dem Inhalt
des Kolumnisten.
Wir drucken es trotzdem!**

Dr. Ryan Cole: mRNA-Impfstoffe produzieren persistie- rende Spike-Proteine, die wahrscheinlich Blutgerinnsel, Herzentzündungen und Krebserkrankungen verursachen

**Epoche Times - [Pan-
demietäuschung]**

Von Harry Lee und Ro-
man Balmakov 18. April
2022 Aktualisiert: April
20, 2022

Laut Dr. Ryan Cole
produzieren Boten-RNA
(mRNA)-Impfstoffe ein
persistierendes Spike-
Protein, das bei den
Empfängern schwere
gesundheitliche Schä-
den wie ungewöhnliche
Blutgerinnsel, Herzent-
zündungen oder Krebs
verursachen kann. Die
COVID-19-Impfstoffe
von Pfizer und Moderna
sind die einzigen mRNA-
Impfstoffe, die in den
Vereinigten Staaten für
die Auffrischungsimpf-
ung zugelassen oder
genehmigt sind. Die
COVID-19-Impfstoffe
von Johnson & Johnson
verwenden einen viralen
Vektor, eine modifizierte
Version eines Virus, um
den Zellen Anweisungen
zu geben. Cole ist Pa-
thologe und betreibt seit
18 Jahren ein Labor. In
seiner Laufbahn hat er
etwa 500.000 Patienten
gesehen, meist unter
dem Mikroskop. „Bei
normaler mRNA machen
die Zellen den ganzen



Dr. Ryan Cole in an interview with The Epoch Times during the Global COVID-19 Summit at Houston, Texas, on April 8, 2022. (York Du/The Epoch Times)

stieg von Krebserkran-
kungen festgestellt, die
er nicht sehen sollte.
Darüber hinaus hat er
Erhöhungen und Gerin-
nungsfaktoren festge-
stellt, die lange Zeit nach
der Impfung bestehen
bleiben. Als er seine Be-
sorgnis äußerte, waren
jedoch keine staatlichen
Stellen bereit, diesen
Befund zu untersuchen.
Derzeit untersucht Cole
etwa 40.000 Biopsien
pro Jahr. Coles Ansicht
deckt sich mit der von
Dr. Robert Malone, der
einen wichtigen Beitrag
zur mRNA-Impfstoff-
technologie geleistet
hat. In einem Artikel,
der am 11. April in der
Epoch Times veröffentli-
cht wurde, erklärte Ma-
lone, dass es sich bei der
„mRNA“ aus den Impf-

diese aber aufgrund ih-
rer verflochtenen Inte-
ressen verheimlichten.

„Wir kennen die Pro-
bleme mit der Immun-
modulation bereits seit
2006, zumindest aus ei-
nigen Papieren“, sagte
Cole. „Es gibt einen
Grund, warum Moderna
nie ein mRNA-Produkt
auf den Markt gebracht
hat. Und sie hatten Ver-
suche für genetische
Störungen. Sie wollten
diese Modalität für die
Genmodifikation nut-
zen. Es kam nie auf den
Markt, weil es immer zu
viele Nebenwirkungen
bei Tiermodellen gab.
Sie wussten davon. Hat
Pfizer davon gewusst?
Ja.“ [Die Food and Drug
Administration (FDA)]
ist von den Unterneh-
men gekapert. Fast die
Hälfte des Einkommens
und der Einnahmen der
FDA kommen von der
Pharmaindustrie“, sagte
Cole. „Die CDC hat 57,
58 Impfstoffpatente ...
Glauben Sie, dass sie
ein Interesse daran ha-
ben, irgendeinen Impfstoff
schlecht zu reden? Nein,
natürlich nicht.“

„Die [National Insti-
tutes of Health (NIH)]
halten das Patent auf
das Spike-Protein und
die Sequenz, und sie
haben es an Moderna
lizenziert. Jede Milli-
arde, die in die Kassen
von Moderna fließt, geht
auch an die NIH. Ist das
eine Verflechtung von
Regierungs- und Un-
ternehmensinteressen?
Darauf können Sie wet-
ten.“ Die Epoch Times
hat die FDA, die CDC
und die NIH um eine
Stellungnahme gebeten.

Laut dem FDA-Info-
rationsblatt wurden für
das Haushaltsjahr 2019
54 Prozent des Budgets
der FDA durch die Ge-
nehmigung des Bun-
deshaushalts bereitge-
stellt. Die verbleibenden
46 Prozent, also 2,8
Milliarden Dollar, wur-
den durch Nutzungs-
gebühren der Industrie
finanziert. Die CDC li-
stet auf ihrer Website
über 60 „Impfstoff- und
Therapiekandidaten“-
Technologien zur Lizen-
zierung und Zusammen-
arbeit auf. Auch die FDA
hat ein eigenes Techno-
logietransferprogramm.
„Jedes Jahr werden in
den NIH- und CDC-
Labors Hunderte von
neuen Erfindungen ge-
macht. Neun NIH-Insti-
tute oder -Zentren (ICs)
übertragen NIH- und
CDC-Erfindungen durch
Lizenzen an den privaten

Sektor zur weiteren For-
schung und Entwicklung
und eventuellen Ver-
marktung“, so die NIH.
Musterlizenzvereinba-
rungen zeigen, dass die-
se Gesundheitsbehör-
den Lizenzgebühren für
den Transfer ihrer Tech-
nologien verlangen.

Laut Axios sagte der
damalige NIH-Direktor
Francis Collins im Mai
2020: „Wir haben ein
besonderes Interesse
an dem geistigen Eigen-
tum“, das hinter dem
Coronavirus-Impfstoff
von Moderna steht.
„Wenn ich mit den Un-
ternehmen spreche, höre
ich keinen von ihnen sa-
gen, dass sie glauben,
dass dieser [Impfstoff]
eine Geldmaschine ist“,
sagte Collins. „Niemand
sieht darin eine Möglic-
keit, Milliarden von Dol-
lar zu verdienen“. „Also
wird sich niemand in
diesen Behörden selbst
aus dem Amt wählen“,
sagte Cole. „Durch die
Verweigerung von An-
trägen, Antragsge-
bühren und Arzneimit-
telbewertungen für all
diese großen Unterneh-
men werden auch sie
nicht genug Einnahmen
haben, um ihre Behör-
de am Laufen zu hal-
ten. Es ist wirklich eine
paradoxe Situation, bei
der man nur verlieren
kann. „Wahrheit plus
Transparenz bedeutet
Vertrauen“, so Cole. Die
Regierungsbehörden
zerstören jedoch das
Vertrauen der Öffent-
lichkeit in sie“. Sogar die
linksgerichtete New York
Times berichtete kürz-
lich, dass die CDC wic-
tige COVID-19-Daten
über Auffrischungen,
Krankenhausaufent-
halte und andere Ana-
lysen zurückhält. Cole
sagte, wenn er das Sa-
gen hätte, würde er die
COVID-Reaktion im Ein-
klang mit der Erklärung
von Great Barrington
handhaben. „Wir schüt-
zen die Schwachen. Wir
wussten sofort, wer
davon betroffen sein
würde. Wir halten die
Schulen weit offen. Wir
sperrten niemanden ein.
Wir konzentrieren uns
auf frühzeitige Behand-
lungen. Von SARS CO-
VID-1 wussten wir, dass
Chloroquine gegen diese
Virusfamilie wirken. Wir
greifen auf alte, wiede-
rverwendete Medika-
mente zurück, wie wir
es bei jeder neuen und
neu auftretenden Krank-
heit tun. Wir behandeln
frühzeitig. Wir erkennen
diejenigen, die sich von
COVID erholt haben und
über eine natürliche Im-
munität verfügen. Und
wir machen nicht das,
was wir gemacht haben.
Man darf nie zulassen,
dass die Heilung schlim-
mer ist als die Krankheit
selbst“.

Übersetzt mit www.
DeepL.com



Tag lang Nachrichten ...
mRNA wird im Allgemei-
nen innerhalb von Mi-
nuten bis vielleicht ein
oder zwei Stunden abge-
baut. mRNA sollte nicht
überdauern“, sagte Cole
auf dem Global COVID
Summit in Houston, Tex-
as, am 8. April in der
Sendung „Facts Mat-
ter“ von EpochTV. Cole
sagte, mRNA sei eine
Botschaft, die der Zelle
sagt, dass sie ein be-
stimmtes Protein für
verschiedene Körperre-
aktionen herstellen soll.

„Aber wenn man dies-
es synthetische Pseu-
douridin [in den Körper]
gibt,“ sagte Cole. „Der
Körper weiß nicht, was
er damit anfangen soll,
und er schaut es sich
an und sagt: ‚Hmm, ich
weiß nicht, was ich tun
soll. Also werde ich es
nicht abbauen. So um-
geht es den Abbaupro-
zess und damit auch eine
Immunreaktion. Aber
es schaltet auch unser
Immunsystem aus,
was nicht gut ist, weil
dadurch andere Dinge
- Krebs, Viren - aufwa-
chen können. In einem
Interview mit der Epoch
Times im Februar sagte
Cole, er habe einen An-

stoff von Pfizer und
Moderna nicht wirklich
um mRNA handelt. „Die-
se Moleküle haben ge-
netische Elemente, die
denen der natürlichen
mRNA ähneln, aber sie
sind eindeutig viel re-
sistenter gegen die En-
zyme, die normalerweise
die natürliche mRNA
abbauen, sie scheinen in
der Lage zu sein, über
längere Zeiträume hohe
Mengen an Proteinen
zu produzieren, und sie
scheinen sich den nor-
malen immunologischen
Mechanismen zur Be-
seitigung von Zellen zu
entziehen, die fremde
Proteine produzieren,
die normalerweise nicht
im Körper vorkommen“,
sagte Malone. Dr. Joseph
Mercola, ein osteopa-
thischer Arzt, sagte
ebenfalls, dass das
Spike-Protein aus den
COVID-19-Impfstoffen
für die schweren Orga-
schäden verantwortlich
ist. Verflechtung von
Regierungs- und Un-
ternehmensinteressen.
Cole sagte, dass die
Impfstoffhersteller und
die staatlichen Gesun-
heitsbehörden von den
Problemen mit mRNA-
Impfstoffen wussten,

Professor: „Jeder, der eine mRNA-Spritze bekommt, stirbt in den nächsten 3 bis 5 Jahren“.



Uncut-News [Genozid] - Der Dokumentarfilmer Marijn Poels sieht verstörende Bilder von Menschen, die nach einer Impfung zusammenbrechen und sterben. Er fragte die irische Professorin Dolores Cahill, was los sei.

Sie wies darauf hin, dass mRNA-Injektionen aufgrund von Krankheiten und Todesfällen bei Versuchstieren bisher nicht zugelassen worden waren. Die Injektionen wurden nie zugelassen, weil die Hälfte oder alle Versuchstiere starben, so Cahill. Der Professor sagte voraus, dass viele Menschen nach der Corona-Impfung sterben würden. Nicht nur unmittelbar nach der Impfung, sondern auch in den Monaten und Jahren danach. „Wir sehen jetzt Todesfälle“,

sagte er. Cahill wies darauf hin, dass die klinischen Versuche mit den Corona-Impfstoffen noch nicht abgeschlossen sind. Klinische Prüfungen bestehen in der Regel aus vier Phasen. Wir befinden uns derzeit in Phase drei“, sagte sie. „In der ersten Phase wurde der Impfstoff an einigen wenigen Tieren getestet und die zweite Phase, in der er an Hunderten von Männern und Frauen getestet werden sollte, wurde ausgelassen. Alle Menschen, die die Impfstoffe erhalten haben, sind also Teil der klinischen Studien, betonte sie. Normalerweise wird die Forschung nach 25 bis 50 Todesfällen eingestellt. In der Zwischenzeit sind in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der EU bereits mehr als

60.000 „Testpersonen“ gestorben. „Wow“, antwortete Poels.

Prof. Cahill, der bis vor kurzem am University College Dublin tätig war, sagte, dass die Wahrscheinlichkeit, dass junge Männer innerhalb weniger Monate an einer durch den Impfstoff ausgelösten Herzinfektion sterben, bei 1 zu 95 liegt.

„Sie sagen also, dass wir uns mitten im größten Experiment der Menschheitsgeschichte befinden“, so Poels. „Das muss gestoppt werden“, antwortete Cahill und nickte zustimmend.

Poels sagte, er finde dies beängstigend, da er viele Menschen kenne, die geimpft worden seien. Cahill: „Jeder, der eine mRNA-Injektion bekommt, stirbt innerhalb von drei bis fünf Jahren, auch wenn er nur eine Injektion bekommt. Ich weiß, das ist schwer zu hören.“

„Ich denke, wir müssen ehrlich sein, denn dies sind die gefährlichsten klinischen Studien, die jemals durchgeführt wurden“.

Quelle: <https://uncutnews.ch/professor-jeder-der-eine-mrna-spritze-bekommt-stirbt-innerhalb-der-naechsten-3-bis-5-jahren/>

Wird die Vogelrippe waffenfähig gemacht?

Uncut-News [Politik] - Während die Nachrichten über die COVID-Pandemie weltweit abebben, werden plötzlich Warnungen vor einer anderen Pandemie laut – der Vogelgrippe, auch bekannt als Vogelgrippe (H5N1). Die natürliche Vogelgrippe ist für den Menschen bekanntermaßen harmlos, aber Bill Gates und Dr. Anthony Fauci finanzieren seit vielen Jahren die Forschung zur Entwicklung eines Vogelgrippe-Erregers, der den Menschen infizieren kann. Ein Teil dieser Forschung wurde in vom Pentagon finanzierten Biolabors in der Ukraine durchgeführt. Gates finanzierte Forschungen von Dr. Yoshihiro Kawaoka, bei denen das Vogelgrippevirus mit dem H1N1-Virus (Schweinegrippe) aus dem Jahr 2009 gemischt wurde, wodurch ein über die Luft übertragbarer Hybrid entstand, der sich dem menschlichen Immunsystem vollständig entziehen kann, so dass der Mensch praktisch wehrlos dagegen ist. Die USA und andere Länder haben bereits mit der Bevorratung von H5N1-Impfstoff begonnen, und der H5N1-Impfstoff Audez wird „für 2022“ vermarktet. Wie aufs Stichwort wurde Ende April 2022 der erste H5N1-positive Fall in den USA festgestellt. [...] Jeder, der sich ein wenig mit der Vogelgrippe auskennt, wird sich fragen, woher Redfield und andere „Experten“ ihre Vorhersagen nehmen, denn die natürliche Vogelgrippe ist für den Menschen bekanntermaßen harmlos. Anfang April 2022 wurde bekannt, dass eine hoch pathogene Vogelgrippe in den USA Hühner- und Truthahnerden angreift und die Tötung von Millionen dieser Tiere zur Folge hat. Historisch gesehen hat die Vogelgrippe jedoch nie eine Bedrohung für den Menschen dargestellt – bis Wissenschaftler begannen, an ihr herumzubasteln und einen Hybriden mit Pandemiepotenzial für den Menschen zu schaffen.

Die natürliche Vogelgrippe war nie eine Bedrohung für den Menschen

Tagesreport schwerwiegender Nebenwirkungen der Covid-19-Impfungen

Datenquellen (Links siehe Anhang): Europäische Datenbank gemeldeter Verdachtsfälle von Arzneimittelnebenwirkungen, Datenstand: 13.05.2022

Regelmäßige Veröffentlichung auf Telegram: <https://t.me/AnalyseSterbedatenDeutschland>

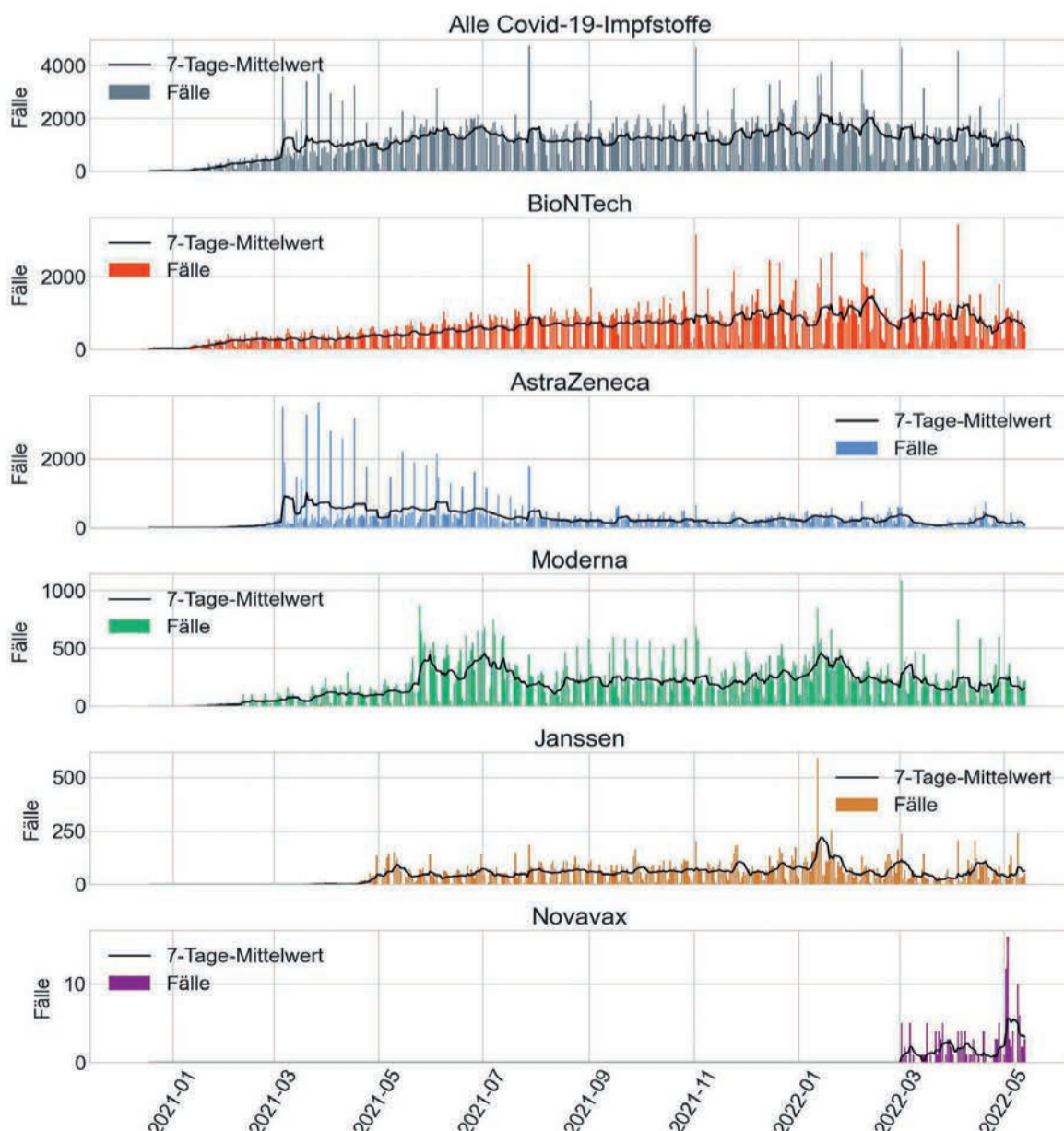
Die jeweils aktuelle Report-Version: <https://www.impfnebenwirkungen.net/report.pdf>

Kontakt und Diskussion: <https://t.me/AnalyseSterbedatenDiskussion>

Übersicht der schwerwiegenden Nebenwirkungen

Alle	BioNTech	AstraZeneca	Moderna	Janssen	Novavax
591.791	324.175	145.804	97.223	24.434	155

Zeitlicher Verlauf schwerwiegender Nebenwirkungen



VOLLDRAHT-Selbstverständnis

VOLLDRAHT ist eine gedruckte Zeitung und eine digitale Webplattform von Bürgern für Bürger. Diese einzigartige Kombination wird durch Bürgerjournalisten, den einzig wahren, weil unbezahlten Reportern des wahren Lebens, mit Inhalt gefüllt. Wir wollen Bürgerjournalismus zu dem entscheidenden Wahrheits- und Wissens-element der neuen deutschen Medien machen.

VOLLDRAHT ist keine, einem Parteiprogramm folgende Zeitung, sondern muß als Sammlung verschiedenster Meinungen verstanden werden. Das beinhaltet, daß die Herausgeber und Macher dieser Medien-Plattform nicht unbedingt der Meinung sind, die der jeweilige Autor eines jeweiligen Themas vertritt.

VOLLDRAHT ist Pranger und Forum zugleich. An den Pranger sollen alle Mißstände gestellt werden, die in der politischen Auseinandersetzung mit dem Alltag zutage treten. Auf der Stufe des Forums stehend soll - nach Vorbild des altrömischen (Forum), altgriechischen (Agora) und germanischen (Thing) Demokratiedankens - jeder das Wort haben, der meint, daß er etwas zu sagen habe, um seine Gedanken formulieren und zur Diskussion stellen zu können.

VOLLDRAHT ist ein gigantisches Projekt Die Auseinandersetzung mit dem geschriebenen Wort ermöglicht die Kommunikation zwischen Aktiven und Nicht-Aktiven, in einer Zeit von nicht selten irreführenden Berufsjournalisten, die gezielt gegen diesen Informationsaustausch arbeiten. Meinungsfreiheit ist ein großes Wort, aber VOLLDRAHT ist gelebte Meinungsfreiheit!

VOLLDRAHT ist Ihre Zeitung, machen Sie es zu Ihrem Sprachrohr!

US-Regierungsvertreter geben zu, dass sie die Öffentlichkeit über Russland belügen

RT DE - [Politik] - Die USA nutzen Geheimdienstinformationen, um einen Informationskrieg gegen Russland zu führen, auch wenn diese nicht belegt sind. „Es müssen keine soliden Geheimdienste sein“, sagte ein US-Beamter. „Es ist wichtiger, ihnen [den Russen], insbesondere Putin, zuvorzukommen, bevor sie etwas unternehmen.“

Ein Kommentar von Caitlin Johnstone
NBC News hat kürzlich einen Bericht mit dem etwas zynischen Titel „In einem Bruch mit der Vergangenheit nutzen die USA Informationen, um einen Informationskrieg mit Russland zu führen, selbst wenn die Informationen nicht felsenfest untermauert sind“ veröffentlicht. In diesem Bericht werden mehrere anonyme bleibende US-Regierungsvertreter dahingehend zitiert, dass die Biden-Regierung in schneller Folge „Geheimdienstinformationen“ über Russlands Pläne in der Ukraine verbreitete, die auf „wenig Vertrauen“ oder „eher auf Analysen als auf harten Beweisen beruhen“ – oder schlichtweg gelogen sind –, um einen Informationskrieg gegen Putin zu führen.

Im Bericht steht weiter, dass die US-Regierung zu diesem Zweck absichtlich falsche oder kaum belegte Behauptungen über bevorstehende Angriffe mit Chemiewaffen oder über russische Pläne verbreitet, einen Angriff unter falscher Flagge im Donbass zu orchestrieren, um damit eine Invasion zu rechtfertigen, Berichte über Putins Berater, die ihn aus Angst ungenügend über den Kriegsverlauf informieren sollen, und darüber, dass Russland China um Waffenlieferungen gebeten habe. Ein Auszug aus dem Bericht: „Es war eine Behauptung, die weltweit Aufmerksamkeit hervorgerufen hat und Schlagzeilen machte: US-Regierungsvertreter behaupteten, man habe Hinweise darauf, dass Russland den Einsatz chemischer Kampfstoffe in der Ukraine vorbereiten könnte. Präsident Joe Biden erklärte dies später öffentlich. Aber drei US-Regierungsbeamte sagten zu NBC News, es gebe keine Beweise dafür, dass Russland chemische Waffen in der Ukraine verwenden werde. Sie behaupteten, die USA hätten die Informationen veröffentlicht, um Russland davon abzuhalten, die verbotenen Waffen einzusetzen. [...] Also haben sie gelogen. Die Biden-Regierung mag zwar annehmen, dass sie aus edlen Gründen gelogen hat, aber sie hat nichtsdestotrotz gelogen. Sie verbreitete wissentlich Informationen, von denen sie keinen Grund hatte anzunehmen, dass sie zuträfen – und diese Lügen wurden von den einflussreichsten Medien der westlichen Welt aufgenommen und verbreitet. Ein weiteres Beispiel dafür, dass die Biden-Regierung im Rahmen ihres „Informationskriegs“ eine falsches Narrativ veröffentlichte: „Ebenso fehlten für die Behauptung, Russland habe sich wegen möglicher militärischer Hilfe an China gewandt, handfeste Beweise, beteuerten ein europäischer Regierungsbeamter und zwei US-Beamte. Laut den US-Beamten gibt es kei-



Am 14. März 2022 wurde auch die Stadtmitte von Donezk mit einer ähnlichen Tschka-U-Rakete von einer Division der gesonderten Raketenbrigade der ukrainischen Streitkräfte angegriffen. 20 Menschen kamen dabei gleich vor Ort ums Leben, weitere 28 Zivilisten, einschließlich Kinder, wurden schwer verletzt.

ne Anzeichen dafür, dass China erwäge, Russland mit Waffen zu beliefern. Die Biden-Administration habe dies lediglich als Warnung an China verbreitet, dies nicht zu tun, sagten sie.“ Über die Behauptung des Imperiums, dass Putin von seinen Beratern in die Irre geführt wird, weil sie Angst davor haben, ihm die Wahrheit über den Kriegsverlauf zu sagen, berichtet NBC, dass diese Einschätzung „nicht schlüssig war und mehr auf Analysen als auf harten Beweisen basierte“. Ich hatte mich über diese lächerliche CIA-Pressemitteilung auf Twitter lustig gemacht, die als Eilmeldung getarnt von der New York Times unkritisch veröffentlicht wurde. Wir hatten auch Spaß, als im vergangenen Februar der Sprecher des Außenministeriums Ned Price in die Rolle des Verschwörungstheoretikers Alex Jones geschlüpft war, als er fälschlicherweise behauptet hatte, Russland sei im Begriff, ein Video zu einer „False-Flag-Aktion“ zu veröffentlichen, in dem Krisendarsteller zum Einsatz kommen sollten, um eine Invasion der Ukraine zu rechtfertigen. Andere im NBC-Bericht angesprochene Lügen der US-Regierung waren weniger niedlich: „In einer anderen Offenlegung teilten US-Beamte mit, ein Grund, der Ukraine keine MiG-Kampfflugzeuge zur Verfügung zu stellen, sei, dass Geheimdienstberichte zeigten, dass Russland solch einen Schritt als Eskalation betrachten würde. Das stimmt zwar, aber das traf auch im Falle der Stinger-Luftabwehrraketen zu, die die Ukraine von der Biden-Regierung zur Verfügung gestellt bekam, bemerkten zwei US-Beamte und fügten hinzu, dass die Regierung die Informationen rund um die Lieferung von MiG durchsickern ließ, um damit das Argument zu untermauern, warum man diese nicht an die Ukraine liefern könne.“ Die Biden-Regierung wusste also, dass sie Waffen in die Ukraine schickte, die von einer nuklearen Supermacht als provokative Eskalation wahrgenommen würden, schickte sie aber trotzdem und log dann darüber. Dieser NBC-Bericht bestätigt Gerüchte, die wir schon seit Monaten hören. Der professionelle Bejubler von US-Krie-

gen, Max Boot, sagte im vergangenen Februar via die Denkfabrik Council on Foreign Relations, die Biden-Regierung habe „eine neue Ära im Informationskrieg eingeläutet“, mit gezielten Veröffentlichungen von Geheimdienstinformationen, die nicht darauf abzielten, Wahrheiten zu verbreiten, sondern Putins Entscheidungen zu beeinflussen. Der frühere Chef des britischen Auslandsgeheimdienstes MI6 John Sawers teilte ebenfalls im Februar dem Thinktank Atlantic Council mit, dass die „Geheimdienst“-Veröffentlichungen der Biden-Administration mehr auf einer allgemeinen Stimmungsmache als auf tatsächliche geheimdienstliche Fakten beruhten und eher auf Manipulation als auf Information ausgerichtet waren. Und falls man sich wundert: Nein, NBC veröffentlichte nicht bloß ein großes Leck durch Informanten aus dem Umfeld der US-Regierung, die mithilfe der „freien Presse gearbeitet die Lügen der Mächtigen aufdecken“. Einer der Autoren des Berichts ist Ken Dilanian, von dem 2014 bekannt geworden war, dass er buchstäblich als CIA-Agent gearbeitet hatte, während er für die Los Angeles Times geschrieben hatte. Wenn man den Namen Dilanian in einer Verfasserzeile sieht, können man sicher sein, dass man genau das liest, was die Manager des US-Imperiums der Öffentlichkeit vorlesen wollen. Warum aber erzählt man uns das alles jetzt? Ist die US-Regierung nicht besorgt darüber, dass sie das Vertrauen der Öffentlichkeit verlieren könnte, wenn sie zugibt, dass sie ständig über einen öffentlichkeitswirksamen internationalen Konflikt lügt? Und wenn dies ein „Informationskrieg“ ist, der darauf abzielt, „in Putins Kopf einzudringen“, wie die Quellen von NBC behaupteten, würde dann eine offene Berichterstattung darüber durch die Mainstream-Presse den Zweck nicht völlig zunichtemachen? Nun, die Antwort auf diese Frage ist der Punkt, an dem es wirklich gruselig zu werden beginnt. Ich bin offen für alle Argumente und Theorien zu diesem Thema, aber soweit ich weiß, ist der einzige Grund, warum die US-Regierung diese Geschichte via NBC der Öffentlichkeit zu-

gänglich macht, der, dass sie möchte, dass die breite Öffentlichkeit davon erfährt. Und der einzige plausible Grund, der mir einfällt, warum man will, dass die Öffentlichkeit davon erfährt, ist, dass man zuversichtlich ist, dass die Öffentlichkeit diesen Lügen zustimmen wird. Um ein besseres Gefühl dafür zu bekommen, worauf ich hinauswill, hilft es, sich die TV-Version des NBC-Berichts anzusehen, in der Dilanian und NBC-Moderatorin Alison Morris darüber ins Schwärmen geraten, wie brillant und wunderbar es sei, dass die Biden-Administration diese Taktiken der psychologischen Kriegsführung anwendet, um „Chaos in Putins Verstand zu bringen“. Die Botschaft, die ein indoktriniertes NBC-Zuschauer dadurch erhält, wenn er sich diesen Abschnitt des Berichts ansieht, lautet: „Ist das nicht großartig? Unser Präsident zieht all diese coolen 3D-Schachzüge durch, um Putin zu schlagen, und wir sind irgendwie ein Teil davon!“ Es ist seit Langem schon offensichtlich, dass das US-Imperium daran arbeitet, die Kontrolle über das Narrativ enger zu ziehen, um seine hegemoniale Herrschaft über den Planeten zu stärken, durch Zensur im Internet, Propaganda, Manipulation von Silicon-Valley-Algorithmen und die Normalisierung der Verfolgung von Journalisten. Vielleicht befinden wir uns jetzt einfach auf der Stufe der imperialen narrativen Kontrolle, auf der man beginnt, offen Zustimmung der Öffentlichkeit dafür zu fabrizieren, dass sie zu ihrem eigenen Wohl belogen wird. So wie die Verleumdungskampagne gegen Julian Assange die Mainstream-Liberalen darin konditionierte, das Recht ihrer Regierung zu verteidigen, ihnen dunkle Geheimnisse vorzuenthalten, erleben wir jetzt möglicherweise das Stadium der Entwicklung der narrativen Kontrolle, in dem die Mainstream-Liberalen konditionierte werden, das Recht ihrer Regierung darauf zu verteidigen, sie anzulügen. Die Vereinigten Staaten verschärfen die Aggressionen des Kalten Krieges gegen Russland und China in einem verzweifelten Versuch, die unipolare Hegemonie zu sichern. Psychologische Kriegsführung spielt traditionell eine wichtige Rolle bei Winkelzügen des Kalten Krieges, da es nicht möglich ist, direkter gegen nuklear bewaffnete Feinde vorzugehen. [...] Ein flüchtiger Blick im Internet auf das, was Mainstream-Liberale über diesen NBC-Bericht schreiben, zeigt, dass dieser Prozess tatsächlich in Gang gekommen ist. In liberalen Kreisen scheint es weitgehend akzeptiert zu sein, dass die mächtigste Regierung der Welt die mächtigsten Medieninstitutionen der Welt benutzt, um die Öffentlichkeit für strategische Geländegewinne zu belügen. Wenn dies weiterhin von der Öffentlichkeit akzeptiert wird, kann es die Dinge für die Manager des Imperiums in Zukunft erheblich leichter machen.

Übersetzt aus dem Englischen.

Caitlin Johnstone ist eine unabhängige Journalistin mit Sitz in Melbourne, Australien. Ihre Website findet sich hier und sie twittert auf @caitoo

Erklärung des Außenministeriums zum Austritt der Russischen Föderation aus dem Ostseerat

Russische Botschaft in Deutschland [Politik]

Die Situation beim Rat der Ostseestaaten (CBSS) hat sich verschlechtert. Die NATO- und EU-Mitglieder des Ostseerats haben dem gerechten Dialog und den Prinzipien, auf denen diese regionale baltische Organisation aufgebaut wurde, den Rücken gekehrt und sie konsequent zu einem politischen Instrument gegen Russland gemacht. Rechtswidrige und diskriminierende Entscheidungen werden entgegen der Konsensregel gebilligt. Russland wurde von der Teilnahme an CBSS-Arbeiten und -Projekten „ausgeschlossen“. Der Beobachterstatus von Belarus beim CBSS wurde „ausgesetzt“.

Differenzen innerhalb der CBSS brauen sich schon seit geraumer Zeit zusammen. Unsere ehemaligen Partner versuchten, die Aktivitäten des Rates zu politisieren und

Ideologie in seine Arbeit einzubringen. Wir unsererseits versuchten, die Zusammenarbeit in eine praktische Richtung zu lenken, wobei wir das Ziel einer nachhaltigen sozioökonomischen Entwicklung des Baltikums priorisierten. Leider destruktive Denkweise unseres Gegenübers setzte sich schließlich durch.

Die westlichen Länder – es gibt keinen Grund zur Zurückhaltung – haben den Rat für ihre selbstsüchtigen Zwecke monopolisiert und planen, seine Arbeit zum Nachteil der russischen Interessen zu organisieren. Überregionale Probleme werden in den Ostseeraum importiert, Druck auf Interessen ausübt, die an einer umfassenden Zusammenarbeit interessiert sind, und alles, was in den letzten Jahren getan wurde, ganz zu schweigen von der Stabilität in der Region, ist jetzt in Gefahr. Für den 25. Mai ist in Kristiansand, Norwegen, eine CBSS-

Ministertagung ohne russische Beteiligung angesetzt. Russlands Beitrag zum CBSS-Haushalt wurde tatsächlich gestohlen: Sie werden ihn unter dem Vorwand von Sanktionen nicht zurückzahlen.

Unter diesen Umständen besteht keine Aussicht auf eine Wiederaufnahme der normalen Arbeit des Rates, der zunehmend in Russophobie und Lügen versinkt. Wir halten eine weitere Präsenz Russlands im CBSS für unzweckmäßig und kontraproduktiv. Russland wird nein Sie dürfen sich nicht an ihren Bemühungen beteiligen, diese Organisation zu einem weiteren Schauplatz für Subversion und „westliche Nabelschau“ zu machen.

Als Reaktion auf diese feindseligen Aktionen hat der Außenminister der Russischen Föderation, Sergej Lawrow, Botschaften an die Minister der CBSS-Mitgliedsländer, den Hohen Vertreter der Europäischen Union für

Außen- und Sicherheitspolitik und an das CBSS-Sekretariat in gesendet Stockholm, um sie über den Austritt Russlands aus der Organisation zu informieren. Gleichzeitig hat die Bundesversammlung der Russischen Föderation den Austritt aus der Ostseeparlamentarierkonferenz beschlossen.

Die Beendigung der CBSS-Mitgliedschaft Russlands wird seine Präsenz in der Region nicht beeinträchtigen. Alle Versuche, das Land aus dem Baltikum zu verdrängen, sind zum Scheitern verurteilt. Wir werden weiterhin mit verantwortungsvollen Partnern zusammenarbeiten, Veranstaltungen zu den Schlüsselthemen der Entwicklung des Ostseeraums und unseres gemeinsamen Erbes veranstalten und die Interessen unserer Landsleute schützen.

Der aktuelle Stand des CBSS liegt in der Verantwortung derer, die seine Grundlagen zerstört haben.

Kommentar zum Bracht-Gutachten - Völkerrechtliche Lage Deutschlands

JB [Politik] - Die Schlußbetrachtung des Bracht-Gutachten sagt aus, das eine Gebietsrückführung der okkupierten Gebiete unter dem zeitgemäßen Vertragsverhältnis des Deutschen Reichs zwingend ist, das entspricht auch der aktuellen Vorgehensweise der Russischen Föderation, den Zustand zum Ende des II. WK mit allen Spielern wieder herzustellen. Aus der daraus resultierenden Option der Wiederherstellung in den Grenzen des Deutschen Reichs von 1939 schließt Bracht auf eine Neufassung des Grundgesetzes bzw. einer richtigen Verfassung, das ist folgerichtig wenn der Bezug zur Handlung in die See-u. Handelsrechtliche Ausgangslage gesetzt wird. Das ist der Knackpunkt, die Rückführung der okkupierten deutschen Gebiete wird nur auf der o.g. Basis des See- u. Handelsrecht international erfolgreich durchgesetzt werden können. Das bedingt die Dominanz der Russischen Föderation in der vorherrschenden kriegerischen Auseinandersetzung. Aus der von der Russischen Föderation bereitgestellten Plattform ist es dann erst möglich, die Forderung zur gültigen Verfassung Preussens 1848, durch die Preussen selbst, zur Herstellung einer rechtsfähigen Staatsbildung/-aktivierung in Königsberg durchzuführen, die den Rechtsstaat überlagernde See- u. Handelsrechtliche Firmenkonstellation der „Reichsverfassung 1871“ neutralisiert.

Bracht erörtert nicht die Frage zur Legitimation der See-u. Handelsrechtlichen Position, sondern nimmt diese als rechtsfähige Ausgangslage an. Damit wird allen Spekulationen zur gegenseitigen Bezichtigungen in der Schuld-/Haftungsfrage durch die Kriegsteilnehmer Tür und Tor geöffnet. Diese energievernde Fortführung von Ansprüchen wäre die Grundlage für neue Kriege und sollte tunlichst vermieden werden, indem die gültige preussische Verfassung 1848 proklamiert wird und somit keine Haftung ausgelöst wird, da der Staat Preussen 1848 nichts mit der See- und Handelsrechtlichen Staatssimulation des Deutschen Reich in der „Reichsverfassung 1871“ nicht Nachfolgerhaftung auslösend verbunden ist und somit sich auch die Frage zu einem Friedensvertrag mit Preussen erübrigt hat.

Die für die Staatsbildung notwendige Mitwirkung der Preussen gestaltet sich mangels Identitätsfestigkeit und Indoktrinierung zum jetzigen Zeitpunkt, als so gut wie ausgeschlossen. Anders sieht es bei den Sachsen aus, die sich auf den „Säxit“ in ihre Verfassung 1831 vorbereiten. Eine zielführende Staatsbildung wird somit erst nach Auflösung

der vorhandenen Strukturen und Neubildung aus den etablierten politischen aktiven Kreisen, unter Kontrolle einer Militärregierung möglich sein.

„Sie halten in gewerbsmäßiger Bandenkriminalität den voll souveränen Staat Germany = Deutsches Reich besetzt. Das bedeutet, die Bundesstaaten sind voll souverän, wurden aber 1866 eingefroren, als See-u. Handelsrechtliche Decke - Deutsches Reich 1871 - über die Bundesstaaten drübergezogen wurde. Da die Firma-Deutsches Reich 1871 - den Krieg mit einem Waffenstillstand auf Zeit beendete und kein Feind jemals deutschen Boden betreten hat, ist Firma aufgrund der Notstandsgesetze von 1914 voll existent, wird aber immer noch von Kollaborateuren handlungsunfähig gehalten. Über Preussen konnte die See- u. Handelsrechtliche Decke nicht gezogen werden, da die Preussen in Erbfolge die rechte an Grund und Boden hatten.“ Der souveräne Staat Preussen kann im Idealfall über die Identitätsbildung innerhalb der Gemeinden sukzessive installiert werden, was die stabilste Staatsform in der Akzeptanz durch das Volk darstellen würde oder es wird als Oblast der Russischen Föderation installiert.

Autor: Baumann, Jörn, Güstrow 18. Mai 2022

Auszug aus „Die Völkerrechtliche Lage in Deutschland“
Rechtsgutachten des unabhängigen Völkerrechtlers Prof. Dr. jur. Bracht

III. Schlußbetrachtung

1. Die hier geschilderte Völkerrechtliche Gesamtdesdeutschlands nach dem 3.10.1990 ist trotz aller entsprechenden „völkerrechtlichen“ Verträge, die auf Ostdeutschland jenseits Oder und Neiße verzichten wollen und sollen, daher niemals eine Grundlage für einen dauerhaften Frieden in der Welt und in Europa.

a. [...]

b. Gleiche Gebietsstreitigkeiten gibt es auch hinsichtlich der japanischen Inselkette der Kurilen für die dortigen Inseln Habomei, Kunashiri, Shikotan und Iturup. Japan denkt nicht daran, einer Abtretung dieser nur kleinen Inseln, die die Sowjetunion 1945 annektierte, zuzustimmen.

c. „Friedensbedingungen anderer Art“ hat bisher nur die Bundesrepublik Deutschland angeboten, nämlich entschuldigungslosen Territorialverzicht von Gebieten, die über 700 Jahre rein deutsch waren, bis ihre Bevölkerung von dort gewaltsam vertrieben wurde, was nicht ohne unzählige Tötungen (Morde) abging.

2. Wie hier dargestellt, ist es aber dennoch mehr als fraglich, ob ein solches Anerbieten denn überhaupt einem solchen „dauerhaften Frieden“ dienen könnte, der damit angestrebt werden soll. Würde es wirklich einem „Quosque tandem?“ (Wie lange noch?) der Geschichte standhalten? Das jedoch könnte - wie beide Beispiele unter III 1. aufzeigen - jederzeit geltend gemacht werden. Denn es spricht auch alles dafür, daß das, was nicht gerecht geregelt war, nicht auf Dauer bestehen kann.

3. Mithin muß für die Neufassung des Grundgesetzes - oder besser einer richtigen Verfassung - für Deutschland im Rahmen des nach wie vor geltenden Art. 146 GG von der hier geschilderten Rechtslage des allgemeinen öffentlichen Rechts, also des Völkerrechts und des deutschen Staatsrechts, ausgegangen werden. Einklagen kann jeder Staat diese Rechtslage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, vor dem nur Staaten auftreten dürfen. Ein Staat, der gegen das Deutsche Reich etwa Rechtsansprüche zu haben glaubt, die sich aus der Zeit des sog. Zweiten Weltkrieges ergeben könnten, kann sich jederzeit deswegen an das Deutsche Reich wenden, nicht aber an die Bundesrepublik Deutschland, die niemals Kriege geführt hat und die auch nicht der gegenwärtige oder der künftige Rechtsnachfolger des ja noch immer bestehenden Deutschen Reiches ist.

4. Fremde Staaten können die gegenwärtige Völkerrechtliche Lage von Gebieten wie das Sudetenland, Danzig oder Memel vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag einklagen, wo sie Recht bekommen werden.

Es bleibt noch heute die Sache eines fremden Staates, ob die gegenwärtigen Grenzen Deutschlands die vom 31.12.1937 sein sollten, wie das die Alliierten in ihrer Berliner Erklärung von 1945 behaupten oder ob sich das neue Deutschland in seinen Grenzen vom 31.08.1939 erstreckt, in denen das Selbstbestimmungsrecht des Deutschen Volkes immerhin berücksichtigt wurde. Nur die Berücksichtigung dieser Völkerrechtlichen Lage allein könnte einen zukünftigen Frieden wirkungsvoll stabilisieren, da auch der von Versailles 1919 nur die Grundlage für einen neuen Weltkrieg geboren hatte. Warum sollte ein künftiger Friedensvertrag wieder solche Folgen haben müssen?

Link zum PDF/Gutachten <https://volldraht.de/download/category/11-ergaenzendes>

Fortsetzung von Seite 7 - Gerichte

Beim Erscheinen aufstehen und auf sein Kommando sich wieder hinzusetzen. Damit ist der Kapitän des fiktiven Hochsee-Schiffes als Richter anerkannt. Als nächstes muss das Opfer auf die erfundene jur. PERSON Herr / Frau eingehen. Der Richter stellt die Frage, sind sie Herr Max Mustermann? Der Unwissende bejaht das natürlich und ist in der Falle!

Jetzt können die Betrüger mit ihrem Opfer machen was sie wollen.

Das Opfer hat jetzt die Haftung für eine ihm völlig unbekannte jur. PERSON übernommen, das Opfer glaubt aber, es wäre diese Person wegen der Namensgleichheit. Auf die Schreibweise und das Herr / Frau kommt es aber an.

Jetzt wird das Opfer zu einem Strafbefehl in Höhe von 10.000,- € wegen Beleidigung verurteilt, das Opfer muss das Urteil annehmen, weil es sonst ins Gefängnis muss. Nun gibt das Gericht das Urteil weiter, dass wird dann an die Deutsche Bundesbank geleitet, die 10.000,- werden vom Kollateral / Treuhandvermögen des Opfers noch am gleichen Tag abgebucht und sind damit bezahlt. Damit wäre für alle Beteiligten die Welt in Ordnung!

Das Gericht will aber noch Schwarzgeld haben und verlangt vom Opfer, das es diese Summe nochmals bezahlt.

Da das Opfer von seinem Treuhandvermögen nichts weiß, glaubt das Opfer wirklich, es müsse bezahlen und zahlt diese 10.000,- €. Natürlich muss das Geld dann noch gewaschen werden, weil es an der IRS, dem US-Finanzamt vorbeigeschleust wird.

Jedes Gericht, jede General-Staatsanwaltschaft hat irgendwo noch eine private Firma am Laufen, über das die Geldwäsche abläuft.

Beim Amtsgericht Buxtehude ist es die Mühlenbäckerei Schmacke, beim Amtsgericht Stade eine angebliche Bäckerei im Landgerichtsgebäude. Ich habe diverse Firmen von Gerichten gefunden, die das Geld waschen.

Die Gerichte / Richter wurden 1785 patentrechtlich organisiert, somit haben Gerichte noch nie über irgendwelche hoheitlichen Rechte verfügt, sie behaupten diese nur, eine patentrechtliche Bezeichnung kann über keine Hoheitsrechte verfügen, die Richter sind grundsätzlich nur als jur. PERSONEN dort tätig, Mitglieder in Freimaurer-Logen, eine jur. PERSON besteht nur aus dem Namen / Bezeichnung einer Sache und kann über keine Rechte verfügen! Das es da keine Rechtsgrundlagen mehr geben kann, sollte wirklich auch dem dümmsten klar werden!

Natürlich werden diese Räuberischen Urteile auch nie vom Richter-Darsteller unterschrieben, wer unterschreibt, der haftet. Es werden immer beglaubigte Abschriften zugeschickt. Wenn man früher eine beglaubigte Abschrift haben wollte, musste man die extra anfordern und dafür bezahlen. Heute bekommt man diese einfach so zugeschickt. Unterschrieben von einer Justizangestellten die als Urkundsbeamtin arbeitet. Entweder ist es eine Justizangestellte oder

eine Urkundsbeamtin, beides zusammen geht nicht. Diese Justizangestellte die als Urkundsbeamtin arbeitet, beurkundet dann eine nichtvorhandene Richter-Unterschrift als Unterschrift.

Ich verstehe es auch nicht!

Diese Justizangestellte als Urkundsbeamtin darf auch nicht im Auftrag unterschreiben, egal wie sie unterschreibt, sowie ihr Name dort gedruckt steht und nur ein Strich mit dem Kugelschreiber gemacht wurde, haftet sie für den kriminellen Richter. Glück hat diese Schein-Urkundsbeamtin, wenn das Opfer nicht freiwillig zahlt, dann kann sie die Haftung weiter nach unten verschieben.

Dann werden die privaten Schlägertruppen, die militärisch ausgebildeten Constellis Mitarbeiter, die unter der Wortmarke - POLIZEI - agieren, eingesetzt. Als ausführende übernehmen sie die volle Haftung! Da sie als private militärische Söldner von der Constellis AG angemietet werden, handelt es sich um sogenannte Kombattanten (Partisanen) die einen Terrorkrieg gegen die Deutsche Zivilbevölkerung führen.

Wer also Anweisungen von so einer Verbrecherorganisation wie Staatsanwaltschaft oder Gericht ausführt, haftet grundsätzlich privat und persönlich mit seinem gesamten Vermögen für jeden entstandenen Schaden! Bei Vollstreckung von Haftbefehlen / Hausdurchsuchungen u. ä. durch die POLIZEI, werden schwere Menschenrechtsverbrechen begangen, die sogenannten Polizisten, (Militärische Mitarbeiter der Constellis AG USA) haften als Partisanen wegen Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung mit ihrem Leben.

Beim besten Willen kann ich weder bei den Staatsanwälten noch bei den Gerichten etwas Anständiges erkennen. So ein Jura-Studium ist nichts weiter als die Vorbereitung auf ein kriminelles Leben als Verbrecher in schwarzer Robe.

Wir haben es tatsächlich nur noch mit gewerbsmäßig organisierter Bandenkriminalität zu tun!

Kein Richter, kein Staatsanwalt kann diese Fakten widerlegen, jeder kann diese Fakten in den öffentlichen Registern dieser angeblichen Bundesregierung einsehen!

Register: Bundes-Verfassungsgericht / Bundes-Justizministerium / Deutscher Bundestag.

Wenn das Volk aufwacht und begreift, dann werden alle hängen! Sobald die Russische Föderation mit dem NaZi-Gesindel in der Ukraine fertig ist, wird die RF wegen Bruch des Waffenstillstands nach Deutschland kommen, dann werden alle hängen! Das Spiel des Terrors und der Plünderung geht dem Ende zu.

In der vereinfachten Darstellung sind 4 Hegemonialkräfte die Spielmacher, die Russische Föderation, USA Trump, China und USA Cabal/Deep State. Die betrachten wir als Konzerne, wobei der bisher dominierende Konzern US Cabal/Deep State sich in der Insolvenzabwicklung befindet und sein Wirtschaftsgebiet abgerissen wird und da gehören wir dazu. Die 3 anderen Konzerne installieren ein völlig neues Wirtschafts- und Finanzsystem und dazu wird eine

flächendeckende Säuberung von den alten Strukturen mit seinen mafiosen Verflechtungen bis hin zur Kindergärtnerin entsorgt.

Da stellt sich die Frage, wie kann diese unvorstellbare menschenverachtende Handlung der BRD-Okkupanten korrigiert werden?

Wie sollen die unzähligen Verbrechen in ihren Verflechtungen aufgelöst werden?

Wie können diese Strukturen überhaupt aufgelöst werden?

Wir in Deutschland, sind in dieses System hineingeboren worden, darin aufgewachsen und bedingt durch eine gefälschte Geschichtsschreibung und einer umfassenden generationsübergreifenden Gehirnwäsche über Schule, Medien und ideologischer Indoktrinierung kennen wir nichts anderes und könnten uns auch nicht aus diesen Gefängnis befreien.

Jetzt wird erkennbar, warum der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Wladimirowitsch Putin alle Teilnehmer des II. WK wieder auf das Spielfeld stellt, siehe dazu den o. g. Kommentar zum Rechtsgutachten des unabhängigen Völkerrechtlers Prof. Dr. jur. Bracht.

Die Welt wird auf die Ausgangslage der menschenverachtenden Verwerfung zurückgestellt, man könnte sagen es ist ein „Great Reset“, anders als der vom WEF geplant wurde. Das bedeutet, die vertraglichen Voraussetzung und Grenzüberschreitungen werden korrigiert. Neustart.

Das Instrument zur Säuberung ist „Corona“, über das initiierte Theater einer fiktiven Pandemie und deren Maßnahmen, werden die Menschen in Angst und Verlustängste versetzt, was zur Auflösung der gesellschaftlichen Strukturen führt.

Alle die sich haben abspritzen lassen, werden zum Kollateralschaden und das alte System verschwindet. Es wurden zielführend die Senioren, die Kranken, Sachbearbeiter der BRD-Verwaltung, Parteivasallen, Sportler, Medientransen, Pflegekräfte, Feuerwehr, Polizei und Bundeswehr und alle die in Panik nach der Gen-Spritze verlangt haben im Genozid entsorgt und zwar freiwillig!

Diejenigen die davor gewarnt haben, wurden/werden difamiert, ruiniert, ausgegrenzt und haben jetzt die schwere Aufgabe aus den Ruinen ihre Länder wieder aufzubauen.

Noch befinden wir uns in der Abrissphase und das wird hart werden, denn über die Schauspielertruppe der Grünen „BRD-Regierung“ wird in einer absurden Agitation Stück für Stück die Überlebensgrundlage der Bevölkerung zerstört und erstaunlicherweise, es regt sich kein nennenswerter Widerstand.

Es scheint, als ob jeglicher Selbsterhaltungstrieb aus 80% der Bevölkerung entfernt worden ist, Corona-Zombies im Deadwalking.

Anmerkung der JB/Redaktion

Landesregierung MV hat abzutreten

- MdkSP fordern die Regierungsübergabe /Fortsetzung

Fortsetzung von Seite 5

Es gibt keine Wiedervereinigungen zwischen DDR und BRD (Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24 April 1991- BvR 1341/90) Die BRD verfügt weder über ein Staatsgebiet noch über ein Staats- Volk.

Somit ist auch die Gründung der Bundesländer vom 14.10.1990 null und nichtig.

1992 Das Sozialgericht Berlin hat im Urteil einer Negationsklage vom 19.05.1992

(Aktenzeichen S 56 Ar 239/92) festgestellt, dass der so genannte Einigungsvertrag vom 31.08.1990 (BGBl. 1990, Teil II, Seite 890) ungültig ist, da man nicht zu etwas beitreten kann, was bereits am 17.07.1990 aufgelöst worden ist).

BVerfGE zum Grundgesetz

In der BRD gibt es kein Geltungsbereich mehr (Wegfall Art. 23 „Geltungsbereich“ am 17.07.1990 bzw. rechtswidrig mit den „Europa-Artikel“ überschrieben) „Gesetze ohne Geltungsbereich besitzen keine Gültigkeit und Rechtskraft.“ (BVerfGE 3, 288 (319f):6, 309 (338, 363))

Hier sollte es jetzt klargestellt sein, dass es keine Bundesländer gibt! Da kommt dann sofort die Frage auf, um welches „Bundesland“ soll es sich hierbei handeln?

Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern
D-U-N-S® Nummer: 34-095-1099

Firmeninformation

Adresse: Schloßstr. 2-4
19053 Schwerin

Bis zum 15. September 1997 existierte nur dieses in den USA (Delaware) gemeldete, private Unternehmen ohne Hoheitsrechte. Erst am 15. September 1997 schloss diese Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern ein Konkordat mit der röm. kath. Kirche um ein See- Handelsrechtliches Staatswesen gründen zu können. Von diesem Zeitpunkt an gab es rein jur. ein fiktives (erdacht/erdichtet) Hochseeschiff auf hoher See (12 Seemeilen = 22,5 Km) von jedem Festland entfernt, das den Namen Mecklenburg-Vorpommern trug und dessen Handelsflagge führte.

Die Hohe- See ist der Rechte- und Gesetzlose Raum! Auf dem Festland hat weder Kapitänin Schwesig noch ihre Mannschaft irgendwelche hoheitlichen Rechte und Befugnisse! Schwesig und ihre Mannschaft betreiben auf dem Festland die kriminelle Piraterie! So wie alle angeblichen Bundesländer hier! Aber auch hier hat die NGO - BUND - Vorsorge getroffen um nicht in die Haftung für die Plünderungen an der Deutschen Zivilbevölkerung zu geraten!

1991 (01. Jan) Streichung des § 795 BGB – Staatliche Inhaber Schuldverschreibung.

(1) Im Inland ausgestellte Schuldverschreibungen auf den Inhaber, in denen die Zahlung einer bestimmten Geldsumme versprochen wird, dürfen nur mit staatlicher Genehmigung in den Verkehr gebracht werden, soweit nicht Ausnahmen zugelassen sind.

Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.

(2) Eine ohne die erforderliche staatliche Genehmigung in den Verkehr gelangte Schuldverschreibung ist nichtig; der Aussteller hat dem Inhaber den durch die Ausgabe verursachten Schaden zu ersetzen.

Das bedeutet, jeder Verwaltungsakt durch die Bundesländer kann nur unter privater, persönlicher Haftung des Herausgebers erlassen werden. Herausgeber ist immer der, der den Verwaltungsakt unterschreibt, ersatzweise der Geschäftsführer der Firma.

Da sie keine versicherten Verwaltungsakte herausgeben können, liegt hier vorsätzlicher Betrug in jedem Einzelfall vor.

Verdeutlicht wird es hier.

BVerfGE 1 BvR 1677/15 vom 03.11.2015

Die Grundrechtsfähigkeit einer juristischen Person des öffentlichen Rechts ist grundsätzlich dann zu verneinen, wenn diese öffentliche Aufgaben wahrnimmt!

Gleiches gilt für juristische Personen des Privatrechts, die von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden.

Die BRiD-Gerichte, sonstige Beamte und Mitarbeiter sind allesamt nicht grundrechtsfähig und somit auch nicht prozessfähig.

Eine juristische Person ohne jegliches Grundrecht ist nicht grundbuch-, recht-, geschäfts-, handlungs-, delikt-, insolvenz-, vertrag- oder prozessfähig, sondern ausnahmslos nur schuldfähig!

Noch deutlicher hier!

Erklärung des Niedersächsischen Justizministers hierzu:

Die Länder sind dem Grundgesetz und dem Völkerrecht nicht beigetreten.

Gemäß der Erklärung des Nds. Justizministeriums in (Dokument 1001 I-202.45) vom 19.01.2017 n.Chr. wird in der Jurisdiktion

- Rechtsprechung ohne Rechtsfähigkeit,
- Prozesse ohne Prozessfähigkeit,
- Klagen ohne Klageberechtigung und Klagebefugnis,
- Schäden ohne Haftbarkeit mit anonymer UN-Verantwortung fingiert und
- Völkerrecht ohne Zuständigkeit gegen die Verfassungsordnung verleumdet.

Diese Handlungen sind strafbar.

Natürlich handelt es sich bei den Niedersachsen auch nur um eine Piratenbande, irgendeiner musste das aber verkünden, vielleicht haben sie dazu Streichhölzer gezogen, kurz verliert, aber sie haben die Haftung für die kriminellen Raubzüge und Plünderungen nach unten, auf die Ausführer verschoben.

2015 BVerfGE Bundesländer haben keine Grundrechtsberechtigung.

Gemäß Bundesverfassungsgericht in BVerfGE 1 BvR 1766/2015 besitzt das Land SCHLESWIG-HOLSTEIN keine Grundrechtsbefugnis und keine Grundrechtsberechtigung. Somit verfügt kein sog. Bundesland über irgendwelche Grundrechtsberechtigungen oder Grundrechtsbefugnisse.

Keines der sogenannten Bundesländer ist am 14.10.1990 dem Grundgesetz beigetreten. Somit können weder Be-

rechtigungen noch Befugnisse zum GG vorhanden sein.

Die sog. Bundesländer sind einem **nicht existenten** Rundfunk- Staatsvertrag beigetreten. (Hier handelt es sich um das private Grundgesetz der BRiD ohne Rechte und Befugnisse)

Die BRiD hat seit dem 18.07.1990 keinen Verwaltungsauftrag der Alliierten mehr.

§ 5 Telemediengesetz und § 55 Abs. 1 des Staatsvertrages über Rundfunk und Telemedien (Rundfunkstaatsvertrag - RStV):

Diese Tatsache wird auch bestätigt in der Feststellung des juristischen Bundesverfassungsgerichtes, denn in der öffentlichen Verfassung Ordnung gilt in

BVerfGE 1 BvR 1766/2015

juristische Personen im öffentlichen Recht (GR) haben keine Grundrechtsberechtigung, sondern sind Grundrecht verpflichtet, wenn sie öffentliche Aufgaben wahrnehmen

(Grundrecht = öffentliche Ordnung).

Für juristische Personen des öffentlichen Rechts gelten die Grundrechte grundsätzlich nicht. Juristische Personen des privaten Rechts haben keine Grundrechtsberechtigung, wenn sie von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden, denn nach der Konfusion – und Durchscheinargumentation können Fiktionsfiktionsfiguren gemäß morituri te salutant.

Offiziell wurde dann der Vatikan mit Datum vom 25.12.2012 zwangsgepfändet.

Der OPPT Act – Bekanntgabe am 25.12.2012 Deklaration of Facts:

Alle Staatsdiener handeln seit der UCC-Einreichung „Declaration of Facts“ (UCC Doc # 2012127914) vom 28. November 2012 durch OPPT auf eigene Verantwortung und haften persönlich für ihre Handlungen. Sie haben seitdem nicht mehr die Sicherheit ihrer zwangsvollstreckten Firmen im Rücken. Alle Regierungscharts sind annulliert:

Deutlicher geht's nicht mehr!

Sogar eine Vertretung bei der NGO - BUND (B'nai B'rith) hat Kapitänin Schwesig.

Vertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern beim Bund
D-U-N-S® Nummer: 31-499-1291

Firmeninformation

Adresse: In den Ministergärten 3
10117 Berlin

Da sind die Verbrecher unter sich!

Eine Nicht- Regierungs- Organisation die für sich selbst Gesetze erlässt und Bundesländer die diese Gesetze nach unten zur Durchsetzung unter privater Haftung weiter reichen.

Alles nur Täuschung und Betrug!

Die MdkSP haben Sie hiermit per Verkündung in der Zeitung,

über das Verbrechen durch das BRD-Regime an der indigenen Bevölkerung Deutschlands informiert!

Die MdkSP fordern die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern zur Regierungsübergabe auf.

Was gedenken Sie jetzt zu tun?



Für die Täter, die Nutznießer, die Feigen, die Degenerierten, die Narzissten, Psychopaten, Soziopaten, Pädophilen ist es einfach: sie machen weiter wie bisher, ihr Schicksal ist besiegelt. Sollten sie sich in der oben genannten Aufzählung nicht wiederfinden, gehe ich davon aus, das Sie an einer Lösung interessiert sind. Was angesichts der die Vorstellungskraft sprengenden Dimension des Verbrechens kaum möglich

scheint. Und dennoch ist es einfacher als Sie glauben. Zuerst sollten Sie das Verbrechen erkennen können, dazu dienen die vorgenannten detaillierten Ausführungen. Bei der Detailfülle ist es ein Lernprozess, der durch die Beschäftigung mit dem Thema vertieft wird - dazu gehört auch die Diskussion in der Familie und im Freundeskreis. Sobald sie sich eingelesen haben, formulieren sie Ihre Fragen und schreiben diese Fragen nieder, fangen Sie an zu recherchieren und stellen dann Ihre Fragen dem Bürgermeister, den Stadtratsmitgliedern, Sachbearbeiter. Aus diesem Erkenntnisgewinn werden sie verstehen, wie stark die Verwerfungen in der Gesellschaft sind. Suchen Sie sich Mitstreiter in der Gemeinde, die genauso wie sie die Antworten haben wollen. Die verantwortlichen Bürgermeister haben in der Regel kein Interesse die Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen und werden ihr Ansinnen zur Aufklärung ablehnen. Das ist der Moment in dem Sie real mit dem Verbrechen konfrontiert werden und sie den Bürgermeister schriftlich auffordern die offenen Fragen zu erklären oder er hat seinen Posten zu verlassen. Dazu ist es hilfreich mit medialen Aktionen Ihre Mitbürger zu informieren und so die Akzeptanz für ihre Aufklärungsarbeit zu erhalten. Es betrifft alle Gemeindemitglieder.

Lassen sie sich nicht entmutigen, die Kommunalpolitiker halten nur solange stand, wie die Information zum Genozid gedeckelt werden kann bzw. die Unternehmer nicht länger ihr schwindendes Vermögen tolerieren wollen. Da nützt es auch nichts dass die Privatnummer des Bürgermeisters im Handy gespeichert ist, die Firma geht pleite und das Geld ist weg. Motivierend wirkt sich eventuell auch die Tatsache aus, dass zur Vertuschung des Verbrechens die BRD den Krieg mit Russland provoziert. Sollten sie also kein Verlangen haben ihr Weib und Kinder blutend von der Straße sammeln zu wollen, wäre eine klare Ansage beim Bürgermeister angebracht. Sie werden sicherlich bemerkt haben, dass die Sanktionen gegen Russland ausschließlich die deutsche Wirtschaft und Energieversorgung ruinieren, wenn also das Licht ausgeht, ist nicht Russland daran schuld, sondern die Verbrecher des BRD-Regime und die Trottel die da mitmachen. Um in die Rechtsstaatlichkeit eines souveränen Staates zu kommen, darf der BM in Kooperation mit aktiven Bürgern die Zuständigkeit der gültigen preussischen Verfassung 1848 proklamieren. Sie werden jetzt fragen: „... aber die Landesregierung hält doch die Staatskanzlei besetzt, wie verschwinden die Verbrecher?“ Das ist eine gute Frage, es ist kaum vorstellbar, dass

wenn ein MdkSP in der Staatskanzlei die Regierungsübergabe fordert, dem nachgekommen wird. Es sind Verbrecher und die gehen erst weg, wenn keine Akzeptanz ihrer Herrschaft durchzusetzen ist und das geschieht in den Gemeinden. Es gibt keine unabhängige Justiz. Die Gemeinden reagieren auf den Notstand mit der Notwehr zum Selbstschutz und das am besten im Gemeindeverbund. Ab 10% beteiligter Gemeinden ist der Bann gebrochen, die 90% der Gemeinden rauschen in das Chaos und die 10% halten ihre Position und bauen die regionalen Wirtschaftskreisläufe wieder auf.

Was meinen Sie, wie das auf die benachbarten Gemeinden wirkt? Sie bepflanzen die notwendigen Flächen für Getreide, um die Nahrungsmittelversorgung zu sichern und in der Nachbargemeinde tobt der türkische Landwirtschaftsminister und diktiert freie Ökoflächen statt Getreide. Während die „Außenministerin“ Baerbock, die Alternativlosigkeit des Krieges näherbringt und Habeck den Windspargel in Naturschutzgebieten pflanzt. Sie sagen „Nein!“ und nehmen ihre Gemeinde aus der Kriegsspirale.

Die gelebte Subsidiarität (Selbstverwaltung der Gemeinden) ist der Schlüssel für den Neustart in eine sichere Zukunft.